

POLIZEI REPORT

G 6789
ISSN 1869-6805

Nr. 134 · März 2012

Personalratswahlen vom 21.-25.05.2012



Stärke braucht Stimme!



**BEZIRKSGRUPPE FRANKFURT/M. IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Frankfurt
der Gewerkschaft der Polizei
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für den Großraum Frankfurt

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.

Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für
Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132,
57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

O. Jochum

Redaktion:

Vi.S.d.P.: Wolfgang Link, Petra Moosbauer,
Sibylle Perrot

GdP BZG Frankfurt
60389 Frankfurt/M., Seckbacher Landstraße 6

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel
werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr
veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das
Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-
zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt
und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen
Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz
vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts
(Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch
ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-
werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 15.10.
(ISSN 1869-6805)

Aus dem Inhalt

Auf ein Wort

Seite 4

Aktuelle Urteile

Seite 5

Weihnachtsaktion an den
Bahnhöfen

Seite 9



Weihnachtsfeier der
Seniorengruppe

Seite 13

Teilerfolg für die POB

Seite 15

Neujahrsempfang

Seite 16



Ansprache

Prof. Dr. Flassbeck

Seite 23

Neuer Kripo-Vertreter

Seite 33

Ehrungen

Seite 34

50 Jahre GdP-Mitgliedschaft

Seite 37

Kreisgruppe Nord

Seite 39

Die älteste Funkstreife Hessens

Seite 40



Personalversammlung

Seite 43

Reiseangebot in die Rhön

Seite 61

Reiseangebot Hawaii

Seite 63

Sudoku

Seite 64

Rettungsmehrkampf

Seite 65



Schlüssel verloren – GdP hilft

Seite 66

Weisheit der Dakota-Indianer

Seite 66



Zum Titelbild: Das Frankfurter Team für die Personalratswahlen 2012

AUF EIN WORT...

Liebe Kolleginnen und Kollegen



große Verärgerung herrscht derzeit immer noch bei den vielen Kolleginnen und Kollegen

hinsichtlich der unterbliebenen finanziellen Vergütung der Mehrarbeit. Es wurden, wie schon so oft in letzten Jahren, nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt, um den Bedarf der zur Auszahlung eingereichten Mehrarbeitsstunden abzudecken. Wie das Ganze abgelaufen ist, kann haushalterisch wohl nicht richtig sein und dürfte bei objektiver Betrachtungsweise auch wohl keineswegs verfassungskonform sein. Die Parlamentarier im hessischen Landtag haben nämlich einen Haushalt verabschiedet, in dem die Überstunden der vielen Beschäftigten im Polizeidienst, von Tarifbeschäftigten angefangen bis in den Beamtenbereich hinein, als Verbindlichkeiten des Landes gegenüber den Beschäftigten abgebildet sind. Das heißt im Klartext, dass das Land Hessen Schulden in Millionenhöhe bei seinen Beschäftigten hat und nicht gewillt ist diese zu begleichen.

Im Gegenteil, die Stunden derjenigen, die eine Interesse an einer Auszahlung haben, wurden auf ein Drittel des beantragten Volumens heruntergekürzt, so dass die verbliebenen und nicht zur Auszahlung gelangten Stunden bei der nächsten Erhebung nicht mehr finanziell vergütbar sind. Die Schulden des Landes Hessen gegenüber den Beschäftigten wachsen dadurch unweigerlich an. Die derzeitige Landesregierung hat sich somit in eine Situation gebracht, durch die sie Jahr für Jahr aufs Neue gegen die von ihr selbst, durch eine Volksabstimmung, initiierte sog. Schuldenbremse verstoßen wird. Der Überstundenberg bei den vielen Beschäftigten im Polizeidienst wächst kontinuierlich an und die Politik schaut tatenlos zu. Die Beschäftigten können weder mit einem fi-

nanziellen Ausgleich noch mit einem Abbau ihrer Mehrarbeitsstunden durch Freizeitausgleich rechnen. Wie will die Landesregierung sich aus seiner eigenen Falle „Schuldenbremse“ befreien? Mit mehr Personal? Mit mehr Geld? Ich kann es nicht sagen. Warnungen hatte die GdP in dieser Hinsicht oft genug in Richtung Politik gerichtet. Forderungen sind einklagbar! Was passiert, wenn auf einen Schlag nur ein Teil der Beamtinnen und Beamten die noch offenen Forderungen vom Land Hessen haben möchten und Klage einreichen? Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszu sehen, wie diese Urteile aussehen werden.

In jüngster Vergangenheit wurden Bund und Länder oft genug durch den Europäischen Gerichtshof in die Schranken verwiesen. Werden unsere Politiker denn nicht schlau oder herrscht eine absolute Ignoranz gegenüber den Feststellungen und Urteilen der Gerichte in der Europäischen Union? Zeiten, in denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Manövriermasse ohne Rechte waren, sind vorbei und die Politik sollte sich danach ausrichten und so schnell wie nur irgendwie möglich umdenken. Aufgrund dieser geschilderten Kreditaufnahme des Landes bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Erstellung des Landeshaushaltes, der schon bei Vorlage absolut unehrlich ist, wäre jetzt die Möglichkeit gegeben jährlich mehr als jeweils 400 Neueinstellungen bei der Polizei vorzunehmen, um nicht noch weitere Staatsschulden aufzubauen. Trotz dieser nicht honorierten Mehrarbeit, haben wir den Aufschrei der vielen Kolleginnen und Kollegen vermisst. Nur Wenige waren unzufrieden – oder doch mehr? Jedenfalls waren gerade hier in Frankfurt, wo nachgewiesener Maßen die Mehrzahl dieser Überstunden anfällt, die Anfragen und Proteste bei GdP und örtlichem Personalrat mehr als spärlich. Im Gegenteil, viele verteidigten diese Kürzungen seitens der Politik auch noch und waren der Meinung, dass auch die Polizistinnen und Polizisten ihren Beitrag bei den Sparmaßnahmen

leisten müssten. Geht es uns den wirklich so gut, dass wir es uns leisten können über Jahre hinweg von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt zu werden und den Politikern nach dem Mund zu reden? Wer jetzt noch nicht gemerkt hat, dass die Politik schon seit 1999 austestet, wie weit sie mit uns Beschäftigten im öffentlichen Dienst gehen kann, der wird auch in Zukunft nicht merken, wie wir langsam aber sicher die Sparschweine für den hessischen Haushalt sind. Der jüngste Vorstoß, die Beihilfeverordnung zu Ungunsten der Beschäftigten zu ändern, hatte einige Kolleginnen und Kollegen mehr auf die Palme gebracht, weil es hier finanziell gesehen zu eklatanten Einschnitten gekommen wäre, was zudem einer Rückstufung in die nächst niedrigere Besoldungsgruppe gleichzusetzen gewesen wäre. Spätestens jetzt konnte belegt werden, dass die Politik ziemlich weit weg von der Bevölkerung ist. Zur Bevölkerung gehören u. a. auch die vielen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wir reden nämlich hier von Beamtinnen und Beamten, die nach Besoldungsgruppen A 9 bis A 16 bezahlt werden und nicht von Ministerialbeamtinnen und –beamten aus der sog. „B - Besoldung“.

Leider wird den Politikern und Verantwortlichen aus dem Landespolizeipräsidium durch die Hinnahme solcher Verschlechterungen Zufriedenheit innerhalb der Belegschaft suggeriert. Verstärkt wird dieser Eindruck noch dadurch, dass gerade in Frankfurt noch nicht einmal 30% der Belegschaft zu den alle 4 Jahre stattfindenden Personalratswahlen geht.

Dadurch glaubt unser Innenministerium die übrigen 70% zu vertreten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, macht endlich Schluss mit diesem Irrglauben und geht wählen, denn Stärke braucht Stimme und deshalb wählt Euere GdP – damit auch in Zukunft ein schlagkräftiger Personalrat für die vielen Frankfurter Kolleginnen und Kollegen entsteht.

Euer Wolfgang Link

Aktuelle Urteile

für den dienstlichen und privaten Gebrauch

Zutritt zur Wohnung verweigert: Keine Kündigung

Besichtigungstermine des Vermieters in der Mietwohnung müssen vom diesem frühzeitig angemeldet werden. Welche Rechte und Pflichten Mieter und Vermieter noch haben, geht aus einem Urteil aus dem Jahr 2010 des Landgerichts Berlin hervor. Vermieter haben die Verpflichtung, Besichtigungstermine rechtzeitig anzukündigen. Insbesondere bei berufstätigen Mietern müsse das mindestens drei bis vier Tage vorher geschehen, wurde auf Nachfrage beim Deutschen Mieterbund in Berlin bestätigt.

Ausgeschlossen worden ist auf jeden Fall, dass ein Vermieter dem Mieter einfach kündigen darf, wenn dieser ihm den Zutritt zu seiner Wohnung verweigert. Das entschied das Landgericht Berlin mit Aktenzeichen: 67 S 502/10. Im zu entscheidenden Fall hatte ein Vermieter seinem Mieter gekündigt, weil der ihm

an einem angekündigten Besichtigungstermin nicht die Tür öffnete. Das Landgericht Berlin entschied aber, eine Kündigung kann nur dann greifen, wenn der Mieter einen Besichtigungstermin verpasse, er deswegen abgemahnt werde und im Anschluss daran einen weiteren Termin nicht wahrnimmt oder versäumt. Dies war im konkreten Fall aber nicht so.

Ohnehin müssen Mieter Besichtigungstermine nur in Ausnahmefällen hinnehmen, so die Aussage des Deutschen Mieterbundes. Nämlich dann, wenn der Vermieter ein berechtigtes Interesse vorweisen kann. Das besteht unter anderem, wenn die Wohnung mit einem Nachmieter oder Käufer besichtigt werden soll oder wenn Modernisierungsmaßnahmen angekündigt sind und anstehen. Ansonsten hat der Mieter das Recht, in seiner Wohnung in Ruhe gelassen zu werden.

Größere Zuwendung wird auf Pflichtteil angerechnet

Beim Aufteilen eines Nachlasses kann es Angehörigen auf ihren Pflichtteil angerechnet werden, wenn sie zuvor bereits eine größere Zuwendung von den Erblässern erhalten haben. Das hat das Oberlandesgericht Karlsruhe entschieden. In dem verhandelten Fall hatten die Großeltern ihren Sohn als Schlusserben bestimmt. Ihre Tochter war bereits verstorben und hinterließ eine Tochter. Die Großeltern gaben der Enkelin 220.000 Euro zum Erwerb einer Immobilie. Nach dem Tod der Großeltern klagte die Enkelin jedoch gegen den Onkel. Sie wollte ihren Pflichtteilsanspruch in Höhe von 10 000 Euro ausgezahlt haben. Das Gericht entschied jedoch anders (Aktenzeichen: 6 U 137/09). Die Enkelin müsse sich uneingeschränkt die Zuwendung für ihren Hauskauf auf ihren Pflichtteil anrechnen lassen. Nach Auffassung des Gerichts han-

VOLT. AVEO. CRUZE. CAMARO. CORVETTE. CAPTIVA. ORLANDO. SPARK.
DIE NEUE CHEVROLET GENERATION. MANCHE CHANCEN MUSS MAN EINFACH NUTZEN.



CHEVROLET
MAKE IT HAPPEN

Spark - Kraftstoffverbrauch (l/100km) kombiniert: 5,1; CO₂-Emission (g/km) kombiniert: 119; Effizienzklasse: D - C. Aveo - Kraftstoffverbrauch (l/100km) kombiniert: 7,2 - 4,1; CO₂-Emission (g/km) kombiniert: 169 - 108; Effizienzklasse: F - A. Cruze - Kraftstoffverbrauch (l/100km) kombiniert: 7,4 - 4,5; CO₂-Emission (g/km) kombiniert: 174 - 117; Effizienzklasse: E - A. Orlando - Kraftstoffverbrauch (l/100km) kombiniert: 7,9 - 6,0; CO₂-Emission (g/km) kombiniert: 186 - 159; Effizienzklasse: E - B. Captiva - Kraftstoffverbrauch (l/100km) kombiniert: 10,7 - 6,4; CO₂-Emission (g/km) kombiniert: 252 - 170; Effizienzklasse: G - B. Corvette - Kraftstoffverbrauch (l/100km) kombiniert: 14,5 - 12,6; CO₂-Emission (g/km) kombiniert: 342 - 293; Effizienzklasse: G. Volt - Kraftstoffverbrauch (l/100km) gewichtet, kombiniert: 1,2; CO₂-Emission (g/km) gewichtet, kombiniert: 27; Effizienzklasse: A+. Camaro - Kraftstoffverbrauch (l/100km) kombiniert: 14,1 - 13,1; CO₂-Emission (g/km) kombiniert: 329 - 304; Effizienzklasse: G. (Angaben zu Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emission gemäß Verordnung EG-VO 715/2007). Fahrzeugabbildungen dienen nur zu Illustrationszwecken. Weitere Informationen unter www.chevrolet.de.

dele es sich hierbei nicht um eine Schenkung, sondern um eine Ausstattung. Als solche gelten Beträge, die einem Kind im Hinblick auf seine Verheiratung oder auf die Erlangung einer selbstständigen Lebensstellung gegeben werden. Und das war hier der Fall, denn das Geld für den Kauf eines Hauses sollte der Enkelin den Start in die wirtschaftliche Selbstständigkeit erleichtern. Auf dieses Urteil macht die Arbeitsgemeinschaft Erbrecht des Deutschen Anwaltvereins (DAV) aufmerksam.

Steuererklärung: Verjährungsfrist beachten



Viele Steuerzahler sind nicht zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung verpflichtet. Wer das dennoch nachträglich tun will, sollte nicht zu lange warten, denn der Bundesfinanzhof hat eine Verjährungsfrist erhoben. Wer mit einer Steuererstattung rechnen kann, sollte dennoch eine Erklärung beim Finanzamt einreichen, empfiehlt der Bund der Steuerzahler in Berlin. Das Gesetz räume Steuerzahlern sogar einige Jahre Zeit für die Abgabe ein. Steuerzahler, die in den vergangenen Jahren keine Steuererklärung abgegeben haben, aber noch viele alte Rechnungen haben, sollten die Abgabe der Einkommensteuererklärung nicht zu lange hinausschieben, rät der Steuerzahlerbund. Laut Bundesfinanzhof tritt nach vier Jahren Verjährung ein (Aktenzeichen: VI R 53/10). Das heißt: Die freiwillige Abgabe einer

Einkommensteuererklärung für 2007 kann noch bis zum 31. Dezember eingereicht werden.

Betriebskostennachzahlung einfordern ist möglich

Verzichtet ein Vermieter aufgrund der finanziellen Verhältnisse von Mietern längere Zeit auf Betriebskostennachzahlungen, kann er diese später trotzdem verlangen. Darauf wurde von der Arbeitsgemeinschaft Mietrecht und Immobilien im Deutschen Anwaltverein hingewiesen. Voraussetzung für eine solche Nachzahlung ist aber, dass der Vermieter die Betriebskostenabrechnungen fristgemäß erstellt hat, entschied das Amtsgericht Hagen unter Aktenzeichen: 15 C 286/10. In dem verhandelten Fall vermietete der Kläger eine Wohnung an seinen Sohn und dessen Ehefrau.

Die erforderliche Betriebskostenabrechnung stellte er ihnen jedoch fristgerecht jährlich zu. In Anbetracht der finanziellen Verhältnisse der Eheleute verzichtete der Vermieter aber auf die jeweiligen berechtigten Nachzahlungen. Nach der Kündigung der Wohnung verlangte der Vater die ausstehenden Beträge in Höhe von insgesamt 800 Euro. Zu Recht stellte das Amtsgericht fest. Die Nachzahlungsansprüche aus der Betriebskostenabrechnung seien nicht verfallen, da die Abrechnungen fristgemäß erstellt worden waren. Aus dem Verzicht in der Vergangenheit ergebe sich nicht, dass der Vermieter in der Zukunft die Ansprüche auf Nachzahlung nicht geltend machen könne.

Kautions nicht gezahlt: Fristlose Kündigung zulässig

Ein Vermieter darf einen Mieter fristlos kündigen, wenn dieser seine Kautions schuldig geblieben ist. Allerdings sollte der Vermieter nicht mehrere Monate damit warten, geht aus einem Beschluss des Oberlandesgerichts (OLG) Koblenz hervor. Vermieter dürfen mit der Kündigung eines Mieters nicht zu lange warten. Denn in diesen Fällen dann wäre die Kündigung nicht in angemessener Zeit erfolgt, wie es das Gesetz es fordert (Aktenzeichen: 2 U 793/10). Mit seinem Spruch erklärte das OLG die fristlose Kündigung eines Mietvertrags für ungültig. Der Mieter

hatte die vereinbarte Kautions nicht an den Vermieter gezahlt, so dass dieser sich allerdings erst nach zehn Monaten entschloss, den Vertrag mit dem Mann fristlos zu kündigen. Das Gericht befand, er habe zu lange damit gewartet. Eine fristlose Kündigung sei nur zulässig, wenn es einem Vermieter nach einem Vorfall nicht zugemutet werden könne, den Vertrag bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist fortzusetzen. Die nicht gezahlte Kautions ist dazu geeignet das Vertrauensverhältnis zwischen Mieter und Vermieter nachhaltig stören. Wenn der Vermieter aber trotzdem zehn Monate warte, könne ihm auch zugemutet werden, bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist zu warten.

Werksangehörigen-Rabatt nach Unfall berücksichtigen

Wer als Werksangehöriger einen Rabatt auf Reparaturen an seinem Auto bekommt, kann nach einem Unfall vom Unfallgegner nicht den höheren Normalpreis verlangen. So entschied der Bundesgerichtshof. Der Werksangehörigen-Rabatt muss nach einem Unfall zwingend berücksichtigt werden. Denn der Geschädigte solle an einem Unfall nicht verdienen, entschied der Bundesgerichtshof in einem am 19. Oktober 2011 verkündeten Urteil. Dies ist aus den "allgemeinen Grundsätzen des Schadensersatzrechts" her abzuleiten (Aktenzeichen: VI ZR 17/11). Im konkreten Fall hatte ein Werksangehöriger der Bayerischen Motorenwerke (BMW) nach einem Unfall zunächst den Schaden in Höhe von knapp 3500 Euro auf der Grundlage eines Sachverständigen-gutachtens erstattet bekommen. Dann ließ er den Wagen in einer BMW-Werkstatt reparieren, wo er aufgrund des Nachlasses nur rund 2900 Euro zahlen musste - also 600 Euro weniger, als er schon ersetzt bekommen hatte. Soweit wäre die Sache rechtlich noch in Ordnung gewesen.

Dies genügte dem BMW-Mitarbeiter offenbar jedoch nicht: Er wollte zusätzlich noch mehr als 500 Euro, da der reguläre Werkstattpreis - den er nicht bezahlen musste - gut 4000 Euro betragen hätte. Hierfür klagte er sich durch drei Instanzen - bis nun der BGH abschließend entschied, dass dieser Versuch, aus ei-

nem Unfall Gewinn zu schlagen, keinen Erfolg haben dürfe.

Arbeitsfähig? – Arzt entscheidet

Ein berufsunfähiger Arbeitnehmer, der wieder arbeiten will, muss belegen können, dass er wieder gesund ist. Das wurde vom Arbeitsgericht Iserlohn in seinem Urteil entschieden.

Es genügt nicht, wenn der Arbeitnehmer einfach nur behauptet, er sei wieder arbeitsfähig, erläutert der Arbeitsrechtler. Im Zweifelsfall benötigt er ein ärztliches Attest, das ihm das bescheinigt. (Az.: 4 Ca 1444/10 Arbeitsgericht Iserlohn)

Kein Anspruch auf Weihnachtsgeld

Ein Arbeitgeber kann und darf die Zahlung von Weihnachtsgeld jederzeit einstellen. Voraussetzung hierfür ist nach Auffassung des Landesarbeitsgerichtes Rheinland-Pfalz allerdings, dass der Arbeitgeber im Arbeitsvertrag ausdrücklich auf die Freiwilligkeit dieser Sonderzahlung hingewiesen hat. Er ist nicht verpflichtet, diesen Vorbehalt jährlich bei der Auszahlung zu wiederholen. (Az.: 6 Sa 46/11)

Keine Gebühren für Arbeits-PC

Freiberufler, die zu Hause einen PC gewerblich nutzen, müssen da-

für keine Rundfunkgebühren mehr bezahlen.

Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig abschließend entschieden. Die Verbraucherzentrale in Nordrhein- Westfalen stellt im Netz einen Musterbrief zur Verfügung, mit dem Freiberufler ihr Geld zurückfordern können (<http://dpaq.de/TUxTh>). Bislang hatten Selbstständige jeden Monat 5,76 GEZ-Gebühren für gewerblich genutzte internetgeeignete Computer in einer privaten Wohnung bezahlt. Az.: BVerwG 6 C 15.10, 45.10, 20.11

Weihnachtsaktion an den Bahnhöfen in Frankfurt



Jörg Bruchmüller im Gespräch mit dem DGL der Bundespolizeiwache am Hauptbahnhof

Bei der Bezirksgruppe Nordhessen wurde kurz vor Weihnachten die Idee zu einer Weihnachtsaktion für die „Polizeipendler“ geboren. Allerdings wurde die Frage aufgeworfen, ob diese Aktion auch so kurzfristig in die Tat umgesetzt werden kann.

Gesagt – Getan. Tatsache ist, dass tagtäglich mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen in die Rhein-Main-Region, nach Wiesbaden, Hanau und Frankfurt einpendeln. Allein in Frankfurt sind es über den Südbahnhof knapp mehr als 600 und über den Hauptbahnhof etwa 400 Polizistinnen und

Polizisten. Die Einpendler sollten an den Zielbahnhöfen mit einer kleinen Aufmerksamkeit zu Weihnachten vom GdP-Team begrüßt werden. Jetzt lief die bewährte und immer wieder aufs Neue erprobte Logistik der GdP an. GdP-Tassen, -Taschen und Schokoladenweihnachtsmänner wurden in den noch verbliebenen vier Tagen bis zum Aktionsbeginn besorgt. Es galt, Teams zu bilden, die am Morgen des 23. Dezember an den Zielbahnhöfen warten würden, um den ein- und auspendelnden Kolleginnen und Kollegen eine kleine Aufmerksamkeit der hessischen GdP zu überreichen. Obwohl die GdP-Verantwortlichen der Bundespolizei die Idee auch für sehr gut befunden hatten, waren sie leider nicht



Der Leiter Z, Bernd Braun zwischen Petra Moosbauer und Jörg Bruchmüller



Auch der Leiter Einsatz, Harald Schneider, ließ es sich nicht nehmen, an diesem Tag dabei zu sein

in der Lage, sich in diese Aktion mit einzubringen, so dass der Landesbezirk Hessen diesen Part mit übernahm. In Frankfurt hatten sich zwei Teams gebildet, weil Haupt- und Südbahnhof abgedeckt werden mussten. Am Hauptbahnhof waren Heike Monk und Lothar Luzius von der Bezirksgruppe Mittelhessen. Als Ortskundiger stand ihnen Peter Horlacher von der Bezirksgruppe Frankfurt, Kreisgruppe Kriminalpolizei, zur Seite. Im Zug aus Kassel befanden sich Volker Zeidler und Stefan Rüppel von der Bezirksgruppe Nordhessen, die sich von der Fahrt von Kassel nach Frankfurt die Probleme der Kolleginnen und Kollegen anhörten. Wie die nordhessischen Pendler, stiegen auch sie bereits um 04:01 Uhr in Kassel zu. Das Betreuungsteam am Südbahnhof bestand aus Jörg Bruchmüller, Petra Moos-bauer und Wolfgang Link. Pünktlich am 05:00 Uhr begann die Aktion mit dem Besuch auf der Bundespolizeiwache am Hauptbahnhof. Dort kennt man sich von zahlreichen Einsätzen und Betreuungsaktionen. Umso größer war die Freude, als man die persönlichen Kontakte wieder aufleben



Packen der Tüten am Hauptbahnhof

lassen konnte. Selbst der Frankfurter Polizeivizepräsident Gerhard Bereswill (langjähriges GdP-Mitglied) und der Leiter der



Lutz Fehrer und Freidun Neiro vom 9. Revier in Sachsen-hausenwaren sichtlich erfreut von der Aktion der GdP

Abteilung Einsatz Harald Schneider waren von der spontanen Aktion angetan. Harald Schneider stieß sogar zu dem Team am Südbahnhof, was von den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als äußerst positiv gewertet wurde. Die Betreuerteams erkannten, wie die Aktion auf die Kolleginnen und Kollegen gewirkt hat, weil man nur in überraschte und freudige Gesichter blickte. Im Anschluss an die Bahnhofsaktion nutzten die Betreuungsteams die Gelegenheit und besuchten die außerhalb liegenden Dienststellen, wie Polizeiautobahnstation, Flughafen und Objektschutz. Die vielen

Kolleginnen und Kollegen packten die Gelegenheit beim Schopf und schilderten die vielen Anliegen und Wünsche den Betreuungsteams. Das Hauptanliegen war, wie so oft vor dem Jahreswechsel, die unsägliche Benachteiligung der vielen Kolleginnen und Kollegen aus dem Schichtdienst hinsichtlich der Berechnung der Zusatzurlaubstage. Mut machte uns GdP-Vertretern, dass die Kolleginnen und Kollegen des Schichtdienstes volles Vertrauen in das Verhandlungsgeschick der GdP haben. Man gab uns mit auf den Weg, dass wir es mit Sicherheit schaffen würden auch dieses leidige Thema zur Zufriedenheit der Schichtdienstleistenden zum Abschluss zu bringen. Denn schließlich wären wir auch diejenigen gewesen, die es geschafft haben, die Regierung zum Nachdenken, hinsichtlich der beabsichtigten Schlechterstellung bei Neugestaltung der Bei-

hilfverordnung, zu bewegen. Wir waren sehr überrascht, dass gerade das so differenziert und kritisch durch die Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen wurde. Das macht uns in der Tat Mut in den anstehenden Verhandlungen und es tut gut, wenn man auch einmal Anerkennung für die viele Mühe, die man sich gibt, erhält. Wir verhandeln schließlich nicht für uns, sondern für die Mitglieder unserer straken Gemeinschaft GdP, die nach wie vor EINE FÜR ALLE IST – und das soll auch so bleiben!

Text und Fotos: Wolfgang Link

Weihnachtsfeier der Seniorengruppe

Wie in den letzten Jahren wurde von der GdP-Seniorengruppe Frankfurt eine Weihnachtsfeier durchgeführt. Eine Veranstaltung die von den Seniorinnen und Senioren immer gut angenommen wird. So konnte der Vorsitzende der Frankfurter GdP-Seniorengruppe, Hans Werkmeister, am 08. Dezember 2011, eine große Anzahl von Seniorinnen und Senioren im Clubraum 1, des Bürgerhauses Bornheim begrüßen. Der Saal und die Tische waren von Sieglinde Harleß und Karola Gottschalk weihnachtlich geschmückt worden. Vielen Dank beiden für die geleistete Arbeit. Innerhalb kurzer Zeit war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Als Ehrengäste wurden Pfarrer Christian Wahner mit Gattin, der Vorsitzende des Landesseniorenvorstandes Norbert Weinbach, aus dem Polizeipräsidium Frankfurt, Vizepräsident Gerhard Bereswill sowie aus dem Personalrat der Frankfurter Polizei die Vorsitzende Sibylle Perrot, Petra Moosbauer und Elke Oswald begrüßt. Hans Werkmeister zeigte sich bei der Begrüßung der Gäste erfreut über den großen Zuspruch. Mit der Geschichte aus einer Zeitung: „Gibt es einen Weihnachtsmann?“ eröffnete er die Veranstaltung. Nach einem kurzen Bericht über die Aktivitäten der Seniorengruppe im Jahr 2011, übergab er das Wort an Polizeivizepräsident Gerhard Bereswill, der sich für die Einladung bedankte. Er findet, es ist ein schöner Brauch in der Vorweihnachtszeit einmal Abstand von der Hektik zu nehmen und sich bei einer Tasse Kaffee zu treffen und auszutauschen. In seinem Vortrag gab er einen Rückblick über die Ereignisse des sich dem Ende neigenden Jahres. Mehrere Tötungsdelikte, Geiselnahmen, Erpressungen und schwere Verkehrsunfälle haben die Frankfurter Polizei stark beschäftigt. An dieser Stelle sei nur der Anschlag mit einer Schusswaffe auf US-Soldaten am Flughafen, bei dem 2 US-Soldaten getötet und 2 schwerverletzt wurden, erwähnt. Bei dem Fußballspiel der Frankfurter Eintracht gegen Kaiserslautern, bei dem die Polizeikräfte von gewaltbereiten Fans mit Pyrotechnikkörpern angegriffen wurden, führte es zu Diskussionen, wie man solche Aus-

schreitungen verhindern und die Krawallmacher zur Rechenschaft ziehen kann. Ein erfreulicheres Ereignis war die Frauen-Fußballweltmeisterschaft mit 4 Spielen in Frankfurt, bei der die Seniorengruppe als Betreuungsteam für die eingesetzten Kräfte aktiv war.



Gerhard Bereswill, Hans Werkmeister

Weiter berichtete er, dass in Arbeitsgruppen neue Arbeitsmaßnahmen entwickelt wurden, um Probleme bei der Bekämpfung der Kriminalität zu beseitigen.

Auch der Umgang mit dem Personal wurde verändert, sodass eine höhere Zufriedenheit erreicht werden konnte. Diesen Ausführungen folgten die „Ruheständler“ sehr aufmerksam und ließen dabei erkennen, dass sie nicht nur an den gewerkschaftlichen Aktivitäten sondern auch an dem allgemeinen



Gruppenfoto der Jubilare

„Tagesgeschäft“ der Polizei in Frankfurt Interesse haben. Der Landesseniorenvorsitzende, Norbert Weinbach gab einen Ausblick über die Veranstaltungen der Landesseniorengruppe für das Jahr 2012. Die einzelnen Veranstaltungen werden in der „Deutschen Polizei“ und dem „Polizei-Report“ angekündigt. Die Personalratsvorsitzende Sibylle Perrot führte in ihrem Bericht aus, dass die Zusammenarbeit zwischen der Behördenleitung und dem Personalrat sich verbessert hat und auf einem guten Weg ist. Die Tarifverhandlungen waren sehr schwierig und haben leider nicht zu dem Ergebnis geführt, das für alle Beschäftigten als zufriedenstellend anzuse-

hen war. Für die Personalratswahlen im Frühjahr 2012 sind die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP benannt worden und man geht mit einer guten Truppe zuversichtlich in die Wahlen. Da der jetzige Innenminister, Boris Rhein, als Frankfurter OB-Kandidat antritt, stellt sich die Frage, wer als neuer Innenminister Gesprächspartner für die GdP sein wird, wenn er gewählt wird. Pfarrer Wahner, der nun schon zum 21. Mal an der Seniorenweihnachtsfeier teilnahm, bedankte sich ganz herzlich beim Vorstand für die Einladung. Mit großer Routine überspielte er, dass Hans Werkmeister ihm mit der Geschichte aus der Zeitung seine Einleitung vorweggenommen hatte. Aus dem Stegreif trug er eine andere Geschichte und ein Gedicht einfühlsam vor. Damit verbreitete er eine weihnachtliche Stimmung im Saal. Auch Siegfried Heck und Ursula Moosbauer trugen mit ihren Vorträgen dazu bei, dass keine Langeweile aufkam. Siegfried Heck trug seine beiden Geschichten in Frankfurter Mundart vor und brachte die Anwesenden mit seiner humorigen Art zu manchem Lacher.

Die Ehrungen von Seniorinnen und Senioren, für langjährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft, seien an dieser Stelle noch erwähnt. Folgenden Mitgliedern wurden eine Urkunde und ein Weinpräsident durch den Vorstand überreicht:

25 Jahre: Peter Schirrwagen und Arthur Freitag.

40 Jahre: Burkhard Schäfer, Wolfgang Zimmermann, Rolf Lieberum und Helmut Grohmann.

50 Jahre: Ingrid Kossmann, Wilhelm Scholl, Klaus Gisevius, Hans Werkmeister und Heinrich Reitmeier.

60 Jahre: Horst Mitschke.

So verging ein sehr harmonischer Nachmittag mit vielen Gesprächen und Erinnerungen an vergangene Erlebnisse. Es war, wie viele Gäste sagten, eine gelungene Veranstaltung, die schon die Vorfreude für die nächsten Veranstaltungen und der Weihnachtsfeier 2012 weckte.

Text Peter Harleß/Heinz Homeyer
Fotos Heinz Homeyer

Die „Kreisgruppe Polizei- und Ordnungsbehörde“ der GdP erzielt einen Teilerfolg

Die Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten im Schichtdienst wird überdacht

Einen nicht erwarteten Teilerfolg erzielte die GdP bei ihrem Bestreben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtpolizei (Sicherheits- und Ordnung), die analog zu

Bruchmüller Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth einen Brief, der in vollem Wortlaut auf dieser Seite abgedruckt ist. Dabei bezeichnet Jörg Bruchmüller unsere Wachpolizei als

bracht hatte. Gleichzeitig leitete er die Forderung der Gewerkschaft der Polizei an das zuständige Personal- und Organisationsamt weiter. Wie ernst es der Stadt ist, die Bedürfnisse der Stadtpolizistinnen und -polizisten nicht abzuwiegeln sondern zu befrieden, zeigt die Tatsache, dass bereits am 11. Januar 2012 von der zuständigen Dezentralen, Frau Dr. Manuela Rottmann, die Antwort auf die Anfrage der GdP kam. In der Antwort ist zweifelsfrei festzustellen, dass sich die Stadt den berechtigten Forderungen nicht verschließt und nach der beabsichtigten Reform im 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes plant, die Lebensarbeitszeit der Bediensteten bei der Stadtpolizei im Wechselschichtdienst auf das Niveau der Landespolizei abzusenken. Die Belastungen sind bei der Stadt Frankfurt bekannt, so dass es an einer Stelle der Antwort heißt: „.....birgt gegenüber der Arbeit mit regelmäßigen Arbeitszeiten oder in anderen Formen der Schichtarbeit ein erhöhtes gesundheitliches Risiko und ist wegen der negativen Auswirkungen auf den Schlafrythmus und dessen Erholungswert physisch belastend.“ Die Wertschätzung, die die Stadt gegenüber den Stadtpolizistinnen und -polizisten hegt, ist in diesem Schreiben zu erkennen. Mehrere Passagen des Antwortbriefes vom Personal- und Organisationsamt lassen ohne Umschweife den Schluss zu, dass Bestrebungen vorhanden sind die Forderung der GdP in die Tat umzusetzen. Wenn man der Aussage von Frau Rottmann Glauben schenken darf, hat die Stadt bereits beim Innenministerium dafür plädiert, im Sinne der Gleichbehandlung, für den ehemaligen Feldschutz- und Ermittlungsdienst und jetzige Stadtpolizei, die Ruhestandsregelung analog dem Vollzugsdienst der Schutzpolizei einzuführen. Frau Rottmann wird die GdP über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden halten. An diesem Vorstoß wird wohl jeder erkennen, dass es sich lohnt, Mitglied der GdP zu sein.

Brief an Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth

Beamtenregelung für Ordnungspolizei übernehmen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Roth,

mit diesem Brief wende ich mich im Namen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Landesbezirk Hessen an Sie als die oberste Dienstherrin der Ordnungspolizei der Stadt Frankfurt. Ihre Ordnungspolizistinnen und -polizisten tragen ebenso wie die Vollzugspolizei des Landes einen großen Teil zur Wahrung der inneren Sicherheit in der Stadt bei, tragen die fast gleiche Uniform und versehen den gleichen Wechselschichtdienst wie die Vollzugspolizei; kurz, sie tragen durch ihren Polizeiberuf auch etwa die gleichen Belastungen, setzen ihre Gesundheit und schlimmstenfalls ihr Leben für die Bürgerinnen und Bürger ein. Aufgrund dieser erheblichen beruflichen Belastungen ist es für die Gewerkschaft der Polizei nicht einsehbar, wieso die Ordnungspolizeibeamtinnen und -beamten dann erst mit 67 Jahren in den Ruhestand gehen dürfen. Hier sollte eine Gleichbehandlung mit den Vollzugsbeamten des Landes erfolgen. Wir bitten Sie deshalb: „Übernehmen Sie den § 194 des Hessischen Beamtengesetzes auch für die Beamtinnen und Beamten der Ordnungspolizei der Stadt Frankfurt. Sie sollten bei ihrem vergleichbaren Dienst nicht schlechter gestellt werden als die Kolleginnen und Kollegen der Vollzugspolizei oder der Berufsfeuerwehr.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Bruchmüller

den Beamtinnen und Beamten von Landespolizei und Feuerwehr Wechselschichtdienst versehen, die Lebensarbeitszeit wegen ihres besonders belastenden Dienstes zu reduzieren. Angestoßen hatte das Ganze eine Mitarbeiterin der Stadtpolizei. Anlässlich der Bezirksdelegiertenkonferenz im vergangenen Herbst, packte Katrin-Anne Schwartz die Gelegenheit beim Schopf und schilderte dem Landesvorsitzenden der GdP den Missstand. Der geschäftsführende Landesbezirksvorstand prüfte daraufhin die gesetzlichen und rechtlichen Voraussetzungen und erkannte schnell, dass hier Handlungsbedarf besteht. Der Informationsfluss zwischen Landesbezirksvorstand, Bezirks- und Kreisgruppe stand so gut wie nicht mehr still. Aufgrund der vorliegenden Fakten schrieb der Landesvorsitzende Jörg

Ordnungspolizei, was in der Vergangenheit gerade in Frankfurt schon für heftige Diskussionen gesorgt hatte, weil die „Ordnungspolizei“ während des Nationalsozialismus eine unrühmliche Rolle einnahm. Die GdP vertritt hunderte von kommunalen Beschäftigten, die an anderen Orten tatsächlich unter dem Begriff Ordnungspolizei geführt werden. Frankfurt ist hier schon gleich mehrere Schritte voraus und hat mit dem Begriff Stadtpolizei eine neutrale Bezeichnung für den Vollzugsdienst der Stadt Frankfurt gefunden. Direkt mit Beginn des neuen Jahres übersandte der Leiter der Frankfurter Stadtpolizei, Matthias Heinrich, Neujahrsgrüße verbunden mit dem Dank an die GdP, die dieses Schreiben mit den Forderungen für die Schichtdienst leistenden Stadtpolizistinnen und -polizisten auf den Weg ge-

Neujahrsempfang bei der Stadt Frankfurt



Stefan Körzell im Gespräch mit Peter Cox von der NGG

Zum alljährlichen Neujahrsempfang hatte die Stadt Frankfurt am 10. Januar wieder in den Kaisersaal des Frankfurter Römers eingeladen. Ein Novum war allerdings, dass Petra Roth als Gastgeberin wegen einer Erkrankung nicht teilnehmen konnte. Das hatten auch viele schon am Samstag davor, am 07. Januar, zutiefst bedauert, weil die Oberbürgermeisterin beim traditionellen Neujahrsempfang des DGB krankheitsbedingt fernbleiben musste.

Die Oberbürgermeisterin hatte sich das letzte Jahr ihrer Amtszeit als Stadtoberhaupt mit Sicherheit etwas anders vorgesellt – aber vor Krankheiten ist niemand gefeit. Neben unserem Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten ist es auch schon jahrelang guter Brauch, dass auch die Vertreter der Gewerkschaft der Polizei an diesem Empfang teilnehmen, was auch immer gerne wahrgenommen wird. Durch die ungewollte Abwesenheit unserer Oberbürgermeisterin übernahm die Bürgermeisterin von Frankfurt, Jutta Ebeling, die Neujahrsrede im Kai-

saal. Gesprächsthema im Foyer und den Gängen des Römers war ausgerechnet der Oberbürgermeisterkandidat der CDU und Hessische Innenminister, Boris Rhein, da wohl den wenigsten entgangen war, dass er der Einladung zum DGB-Neujahrsempfang nicht gefolgt war. Allgemeiner Tenor hierzu war, dass er sich seiner Wahl wohl schon zu sicher wäre, denn ansonsten ist es kaum erklärbar, dass die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der anderen Fraktionen dieses gesellschaftliche Ereignis beim DGB wahrnahmen und der Kandidat der CDU fehlte.

Seine „rechte Hand“, Frau Müller, wurde beobachtet, wie sie offenbar versuchte im Foyer die Meinungen der anwesenden Gäste hierzu einzufangen. Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB Bezirkes Hessen-Thüringen, wurde mehrfach zu seiner Meinung hierzu befragt. Durch dieses Thema, nämlich dem Fernbleiben des OB-Kandidaten der CDU beim Neujahrsempfang des DGB, gingen die Reden zum

Neuen Jahr etwas unter und kamen zu kurz. Selbst die Gastrede des bekannten und renommierten Hirnforschers, Wolf Singer, wurde kaum beachtet, weil man ein Thema hatte. Festzustellen bleibt, dass Boris Rhein noch viel lernen muss, wenn er der scheidenden Oberbürgermeisterin das Wasser reichen will, die von vielen vermisst wurde. Es ist bedauerlich wie Menschen sich durch ihr Verhalten selbst im Wege stehen.

Ich jedenfalls bin auf den Ausgang der Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt sehr gespannt, denn das wird mit Sicherheit nicht die einzige Panne sein und bleiben, die sich Boris Rhein geleistet hat und das wird sehr wohl und kritisch von allen Seiten beäugt. Ich für meinen Teil bin sehr skeptisch; denn auch als Innenminister hat Boris Rhein stark angefangen und übrig geblieben ist fast nichts. In der Innenpolitik herrscht absoluter Stillstand und das können wir uns in einer Stadt wie Frankfurt nicht leisten.

Text und Foto: Wolfgang Link

Neujahrsempfang DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main



Harald Fiedler

Der DGB-Regionsvorsitzende Frankfurt-Rhein-Main, Harald Fiedler konnte vor einem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal, Gäste aus den Bereichen der Sozialverbände, der Kirchen, der Politik, den Unternehmensverbänden, den Fachhochschulen sowie der Polizei und der Justiz begrüßen. Nicht alle Gäste aus der Wirtschaft, den Verwaltungen, Verbänden und der Politik fanden am Samstagmorgen einen Sitzplatz im Saal. Nur ein reservierter Platz blieb frei, die

partner sind. Die Mitgliederentwicklung in den Einzelgewerkschaften hat nach Jahren der Austritte wieder zugenommen. Die Menschen haben erkannt, dass die soziale Ungerechtigkeit in der heutigen Zeit die Stimme der Gewerkschaften benötigt, um sich kompetent zur Wehr zu setzen. Immer weniger Deutsche gehen wählen, dafür gehen aber immer mehr auf die Straße, um gegen Prestigeprojekte zu demonstrieren. Die Gewerkschaften stehen an ihrer Seite und streiten für gerechte Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Die Wirtschaft hat Ausbildung und Qualifizierung von jungen Menschen zu intensivieren um in der Zukunft genügend Fachkräfte zur Verfügung zu haben. Nur jammern und lamentieren löst keine Zukunftsprobleme. Es ist an der Zeit neue sichere Arbeitsplätze zu schaffen.

In seiner Rede forderte Harald Fiedler, dass der finanzielle Spiel-

Personal- und Finanzprobleme auf dem Rücken von Kindern abgeladen werden. Die beabsichtigte Verschiebung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ist ein Skandal.

Der soziale Wohnungsbau in Frankfurt muss Intensiviert werden, um allen Menschen ein würdiges Wohnen zu ermöglichen. Der Verkauf der 16.000 städtischen Wohnungen an die Helaba ist für die Mieter ein Unsicherheitsfaktor. Was passiert mit den Wohnungen, wenn die Helaba bei Finanznot Geld benötigt?

In der Stadt dürfen nicht industriell genutzte Flächen als Bauland für Wohnungen ausgewiesen werden. Die Stadt benötigt die Industrie, damit auch Menschen ohne akademische Ausbildung Arbeit finden. Die Langzeitarbeitslosigkeit stagniert in der Stadt auf hohem Ni-



Blick in den gut besetzten Saal

Oberbürgermeisterin Frau Petra Roth lag mit einer Lungenentzündung im Krankenhaus. Sie ließ durch Bürgermeisterin Jutta Ebeling Grüße überbringen. Unter den Gästen waren auch einige Mitbewerber für das OberbürgermeisterInnenamt der Stadt Frankfurt.

Am großen Zuspruch an der Veranstaltung ist zu erkennen, dass der DGB sowie die Einzelgewerkschaften bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise ein kompetenter und gewichtiger Verhandlungs-

raum der Stadt verbessert und erhöht werden muss. Die vor Jahren gesenkte Gewerbesteuer ist wieder auf den Stand vor der Senkung zu erhöhen. Prestigeprojekte gehören auf den Prüfstand und sind bei finanzieller Schieflage einzustellen. Eine Bettensteuer für Hotels, die in Köln und Bad Homburg möglich ist, kann für Frankfurt nicht falsch sein. Mit den so generierten Geldern kann eine ausreichende Kinderbetreuung in Frankfurt sichergestellt werden. Es kann nicht sein, dass

veau. Über 70.000 Menschen sind in Frankfurt auf SGB II Leistungen angewiesen. Die Armut in einer reichen Stadt und Region verfestigt sich immer mehr, dass ist für die Gewerkschaften nicht hinnehmbar.

Zum Thema Fluglärm sagte Harald Fiedler: „Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass das Mediationsverfahren nicht in Frage gestellt wird“. Ein Nachtflugverbot in der Zeit von 22 bis 6 Uhr ist für die hier wohnenden Menschen erforderlich, um Gesundheitsschäden zu



Jutta Ebeling bei ihrer Rede

vermeiden. Für die Region ist der Flughafen viel zu wichtig um mit einem „Weiter so“ noch mehr Menschen verzweifeln zu lassen. Andere Städte wie London oder Mailand haben mehrere Flughäfen, die bis zu 60 Kilometer vor den Städten liegen.

Bürgermeisterin Jutta Ebeling vertrat die erkrankte Oberbürgermeisterin Petra Roth beim Empfang. Sie überbrachte von Frau Roth, die sich auf dem Weg der Besserung befindet, herzliche Grüße an die Teilnehmer.

In der Frage des Verkaufs der Nassauischen Heimstätte durch die Hessische Landesregierung appellierte sie an die Landesregierung, die Nassauische Heimstätte flächendeckend zu erhalten. Bei einem Verkauf sieht Frau Ebeling die Stadt Frankfurt in der Pflicht, die Wohnungen für die Mieter zu sichern.

Um die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen versprach Frau Ebeling eine Überprüfung des Haushaltes um Gelder für die Ausweitung der kommunalen Beschäftigungsprogramme freizusetzen.

Bei der Bildungs- und Kinderbetreuung gibt die Stadt trotz schwieriger Finanzlage jeden 4. Euro für diesen Bereich aus. Einsparungen sind für das Jahr 2012 nicht angedacht, eine weitere Ausweitung ist bei der derzeitigen Haushaltslage aber leider nicht möglich.

Bei der Frage des Fluglärms durch die Erweiterung des Flughafens besteht Konsens mit den Gewerkschaften.

Beschäftigte von stadtnahen Vereinen demonstrierten mit Transparenten für eine tarifgerechte Bezahlung. Frau Ebeling sagte zu, dass die Stadt genügend Geld für eine tarifgerechte Bezahlung den Vereinen zur Verfügung stellt. Sie will in Gesprächen mit den Vereinen erreichen, dass eine anständige Bezahlung der Beschäftigten erfolgt.

Prof. Dr. Heiner Flassbeck, Direktor für Globalisierung und Entwicklung bei der UNCTAD in Genf referierte über die Staatsschuldenkrise in Europa.

Wir haben in Europa keine Finanzkrise sondern eine Arbeitsplatzkrise und damit einhergehend eine Fehlentwicklung bei der Entlohnung der Menschen. Der besonders schwierigen Lage von einigen Staaten in Europa ist nicht dadurch beizukommen, dass immer radikalere Sparkurse von ihnen gefordert werden. Das Vorbild der sparsamen schwäbischen Hausfrau, von der so viele reden die von Ökonomie keine Ahnung haben, taugt hier nicht als Vorbild. Die besagte Hausfrau kann nur erfolgreich sparen, da ihre Einnahmen davon unberührt bleiben. Würden ihre Einnahmen durch ihr sparen ebenfalls sinken, würde sie mit dem striktem Sparen scheitern. Das ist aber der Fall bei den Staaten die radikal sparen, kürzen und immer weniger investieren. Durch niedrige Einkommen bricht die Binnenkonjunktur zusammen und es kommt zu einer dauerhaften schwerwiegenden Schwächung der Einnahmen des Staates.

Er kann keine Schulden abbauen, im Gegenteil die Schulden steigen weiter an. In Deutschland wurden die niedrige Reallohnentwicklung und damit die schwache Binnenkonjunktur seit Mitte der neunziger Jahre nur durch extrem hohe Exporte kompensiert. Ein großer Teil der Exportüberschüsse der deutschen Wirtschaft sind die Staatsschulden der anderen EU-Staaten. Dadurch, dass die Bundesregierung die Staaten der Eurozone zu strikten Spar- und Kürzungsmaßnahmen drängt, wird es für die deutsche Wirtschaft immer



Blumen für die Rednerin und die kranke Oberbürgermeisterin



Demonstration für eine tarifgerechte Bezahlung

schwieriger ihre Produkte in diesen Staaten zu verkaufen. Nicht die anderen Länder – bis auf einige Auswüchse – haben über ihre Verhältnisse gelebt, sondern Deutschland hat unter seinen Verhältnissen gelebt, was zwangsläufig zu extremen Verzerrungen führte. Wirtschaftsfachleute reden immer davon, dass südliche Euro-Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern müssen. Frage: „Gegenüber wem sie das denn tun sollen und wie? Wenn alle immer nur den Gürtel enger schnallen sollen, wer soll dann noch etwas kaufen. Der Konsum in Europa hat einen Anteil von 80% an der Wirtschaft. Bei sinkendem Konsum kann keine Wettbewerbsfähigkeit entstehen. Wir können nicht so weiter machen, sondern müssen über ein anderes Wirtschaftsmodell diskutieren. Sonst verfahren wir nach dem Motto eines Mannes, der aus dem 40. Stock eines Hochhauses springt und am 25. Stock sagt, bis hierher ist alles gut gegangen.“

Um aus diesem Teufelkreis herauszukommen, müssten die verschuldeten Länder eine Abwertung ihrer Währung durchführen. In einer Zone mit nur einer Währung ist das aber nicht möglich. Um aus der Krise zu kommen ist es dringend notwendig, die Ordnung der Wirtschaft in Europa gemeinsam zu diskutieren. Nur findet das im Augen-

blick nicht statt. Die Wirtschaft dieser Welt kann nicht funktionieren, wenn die Menschen nicht über die Löhne einen gerechten Anteil an der Produktivität haben. Wenn alle auf der Welt nur noch sparen, ist der Wirtschaftsuntergang vorgezeichnet. Die Probleme müssen in diesem Jahr ernsthaft angegangen werden. Alles Gute für das kommende Jahr.

Der Regionsvorsitzende Harald Fiedler bedankte sich bei Prof. Dr. Heiner Flassbeck für seine klaren Aussagen zu der derzeitigen Wirtschaftspolitik in Europa. Anschließend lud er alle Anwesenden zu einem Essen und Umtrunk ein. Auch für Gespräche und Diskussionen zu den Reden war danach noch ausreichend Zeit.

Text und Fotos Heinz Homeyer



Prof. Flassbeck hielt die Grundsatzrede der Veranstaltung

Ansprache Prof. Dr. Heiner Flassbeck

Neujahrsempfang 07.01.2012 DGB Region Frankfurt-Rhein-Main

Vielen Dank zunächst, für die Einladung nach Frankfurt. In dem schönen Gedicht, das wir gehört haben, sind alle wichtigen Stichworte genannt worden worüber ich auch reden will, Weltuntergang, Feuer und Wasser waren wunderbare Stichworte. Denn beim Weltuntergang, wie auch in der Ökonomie, geht es um die Frage, was passiert, und was muss man dagegen tun. Und da gibt es, so ähnlich wie beim Feuer und dem Wasser, unterschiedliche Theorien. Darüber will ich reden, und Ihnen meine Position klar und deutlich sagen. Aber entscheiden müssen Sie am Ende selbst, was Sie für richtig halten. Die Lage ist in der Tat für dieses Jahr nicht besonders gut. Ich rede über die Welt, weil ich von der UNO komme.

Die Dinge in der Welt haben sich leider im Verlauf des vergangenen Jahres schon sehr zum Schlechten gewendet. Wir leiden immer noch an einer großen Krise. An einer Krise der Wirtschaft, die im Jahr 2008 begann, die aber ihren Ursprung nicht im Jahr 2008 hat. Das will ich erläutern. Ich will nicht auf die Details der Finanzkrise eingehen, was da passiert ist und was schief gelaufen ist. Ich will über die Hintergründe reden, darüber was tiefer liegt als nur die Spekulationen von ein paar Hegdefond – Managern, Bankern. Tiefer liegen grundlegende Fragen der Wirtschaft, unserer Wirtschaftsführung und der Globalisierung. Und die Art und Weise wie Länder miteinander umgehen. Das hat wiederum viel damit zu tun wie wir die Menschen entlohnen in den unterschiedlichen Ländern.

Wenn ich die Probleme dieser Welt in einem Satz zusammenfassen soll, dann würde ich sagen, wir haben nicht zuerst eine Finanzkrise, sondern wir haben eine Arbeitskrise. Es ist eine Krise der Arbeit, der bezahlten Arbeit. Es ist eine Krise, die wirklich global ist, die nicht nur auf Deutschland beschränkt ist. Was passiert im Moment in der Welt? In der industrialisierten Welt gibt es drei große Blöcke: Es gibt die USA,

es gibt Japan, und es gibt Europa. In Japan haben wir seit zwanzig Jahren Stagnation. Japan hatte eine Finanzblase, wie wir sie jetzt 2008 erlebt haben, schon im Jahr 1990. Als diese Blase geplatzt ist, hat es Japan nie mehr geschafft, bis heute, aus einer Stagnation in seiner Wirtschaft heraus zu kommen. Nun mögen manche sagen, wir wollen ja kein Wachstum, wir sind ja doch froh, wenn alles stagniert. Ich halte das für falsch. Das will ich nachher noch deutlicher sagen.

fang der neunziger Jahre ergeben, dass es nicht mehr möglich war den Menschen im Land eine vernünftige Einkommenssteigerung zu bieten. Diese Gefahr besteht jetzt im gleichen Maße für die USA und für Europa. Zu Europa komme ich ja noch im Einzelnen, aber für die USA besteht diese Gefahr genauso wie für Japan. Warum? Weil die USA jetzt eine hohe Arbeitslosigkeit haben. Lassen Sie sich nicht täuschen über die wunderbaren Zahlen aus den USA. Das liegt nur daran, dass die



Prof. Flassbeck bei seiner Rede

Es geht nicht um primitives, immer gleiches Wachstum, es geht um Entwicklung. Gesellschaften müssen die Möglichkeit haben, sich zu entwickeln. Gesellschaften, die wie die japanische seit zwanzig Jahren zum erheblichen Teil still stehen, lösen gar kein Problem. Die lösen auch kein ökologisches Problem, weil sie sich immer damit beschäftigen, wie sie aus dem Stillstand herauskommen können.

Und was ist der zentrale Punkt, warum es in Japan seit zwanzig Jahren stagniert? Seit zwanzig Jahren werden in Japan die Löhne nicht mehr erhöht, sondern sie fallen. Japan hat zwar immer noch kleine Produktivitätsfortschritte, aber es hat sich aus institutionellen, politischen und anderen Gründen An-

Leute wieder entsparen. Der amerikanische Konsum läuft wieder, weil die amerikanischen Haushalte sich entschlossen haben ihre Sparquote von fünf Prozent in der Krise wieder auf drei Prozent, runter zu fahren. Das ist der einzige Grund, warum die amerikanische Konjunktur im Moment funktioniert.

Das ist keine Lösung, sondern eine Scheinlösung, genauso eine Scheinlösung, wie wir sie schon vor 2008 hatten. Was passiert in den USA ganz fundamental? Durch die Krise ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, aber diese steigende Arbeitslosigkeit hat nichts, absolut nichts mit einem Steigen der Löhne zu tun. Aber fünfundneunzig Prozent aller Ökonomen dieser Welt betrachten eine hohe Arbeitslosigkeit in einem



Harald Fiedler und Prof. Flassbeck

Land in erster Linie als Folge hoher, zu stark steigender Löhne. Und was passiert systematisch in all solchen Volkswirtschaften? Nun, wenn die Arbeitslosigkeit steigt, wird Druck auf die Löhne ausgeübt. Wenn aber Druck auf die Löhne ausgeübt wird, wie das in den USA ist, ohne dass die Löhne vorher gestiegen sind, passiert etwas ganz absurdes: Diese Volkswirtschaften blockieren sich selbst. Sie blockieren sich selbst, weil es nicht mehr gelingt, diese Wirtschaft anzuregen, außer, wie gesagt, durch Illusionen, und entsparen, was aber nur kurzfristig funktionieren kann. Es gelingt nicht mehr, diese Volkswirtschaften zum Wachsen, oder zum sich Entwickeln anzuregen. Warum? Weil die Menschen keine Einkommenserwartung mehr haben.

In den USA haben wir im Moment eine Einkommenserwartung der durchschnittlichen amerikanischen Familie, die ist so niedrig, wie sie niemals zuvor in den letzten fünfzig Jahren war. Niemals zuvor, in den letzten fünfzig Jahren, war der durchschnittliche Amerikaner so pessimistisch, wie heute. Da müssen wir uns fragen, wie kann in einer solchen Wirtschaft die Krise überwunden werden? Es ist sehr unwahrscheinlich, dass dieses gelingt. Warum machen die amerikanischen Politiker, die amerikanische Geldpolitik die verrücktesten Sachen, die man sich vorstellen kann? Nun, weil sie genau wissen, dass die

Gefahr einer solchen Blockade besteht, und damit die Gefahr, dass sie in zwei verlorene Jahrzehnte hineingehen, wie Japan in den letzten zwanzig Jahren. Das ist die große Angst. Und nun komme ich zu Europa. In Europa gibt es offensichtlich eine gespaltene Wirtschaft. Es gibt ja das Land, das sich selbst feiert, noch vor ein paar Tagen in Zeitungsanzeigen: „Danke Deutschland“.

Es gibt das Land, das sich feiert in den Ansprachen der Politiker über Weihnachten und Neujahr: „Deutschland geht es gut“. Und es gibt ja offensichtlich Länder in Europa, denen es extrem schlecht geht. Es gibt Länder in Europa, denen man sagt, die können ihren Lebensstandard nicht halten, sondern müssen ihn dramatisch runterfahren. Das heißt um zwanzig, dreißig, vierzig Prozent müssen sie ihren Lebensstandard herunterfahren, um ihre Probleme zu lösen. Da muss man sich fragen, wie kann das gut gehen? Wie kann es gut gehen, dass in einem gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum, die einen sich selbst feiern, weil es ihnen gut geht, scheinbar gut geht. Und die anderen, von denen, die sich selbst feiern, massiv unter Druck gesetzt werden. Da ist etwas fundamental schief gelaufen.

Was ist schief gelaufen in diesem Währungsraum? Die einen sagen, es waren die Staaten oder es waren

die Griechen. Manche glauben es vielleicht immer noch, die Griechen waren es. Die Griechen, mit zwei Prozent Wirtschaftsleistung im europäischen Währungssystem haben sozusagen das europäische Währungssystem zum Einsturz, oder in eine Situation gebracht, wo das gesamte Haus lichterloh brennt? Heute Morgen hab ich noch in der „Neuen Züricher Zeitung“ gelesen „wie konnte es sein, dass es nicht gelang, in Europa diese zwei Prozent Feuer, das da brannte, zu beherrschen und einzugrenzen, und daneben eine normale Wirtschaftsentwicklung zu haben?“ Nun, die Erklärung ist einfach, es konnte nicht gelingen, weil diese Diagnose von Anfang an fundamental falsch war. Es waren eben nicht die Griechen. S

ondern, es gibt eine Spaltung in Europa zwischen den einen, die die ersten zehn oder zwölf Jahre der Währungsunion dafür genutzt haben, ihren Gürtel systematisch en-

Albert Spieß
OF SWITZERLAND

SWITZERLAND'S FINEST
SINCE 1906

**ECHTE SCHWEIZER
TRADITION IN EDELSTER
VOLLENDUNG**

**BÜNDNERFLEISCH
VIANDE
DES GRISONS**

Orion Deutschland GmbH, Kennedyallee 93,
60598 Frankfurt a.M. Deutschland, Tel.: 0049 69 7171 2870,
deutschland@orion.ch, www.orion.ch

ger zu schnallen, das sind diejenigen, die sich jetzt feiern. Und es gibt andere, in Südeuropa vor allem, die das nicht getan haben. Wir müssen nur noch die Frage entscheiden, wer richtig und wer falsch lag. Dazu komme ich dann gleich. Aber diese fundamentale Spaltung hat es gegeben. Diese Spaltung ist eben nicht eine Spaltung zwischen Deutschland und Griechenland, sondern es ist eine Spaltung zwischen Deutschland, Südeuropa, und Frankreich. Frankreich bei Südeuropa? Herr Sarkozy gehört zu den anderen, nicht zu den Deutschen. Er will es nur nicht wahrhaben. Und warum? Weil Frankreich sich auch anders verhalten hat, in den letzten zwölf Jahren, als Deutschland. Und weil Frankreich deswegen auch in einer Situation ist, wo es massiv gegenüber Deutschland, wie Italien, Spa-

dessen, was man in einer Währungsunion tun kann. Aber selbst wenn es eine Schuldenkrise wäre, dann müsste man immer noch fragen, ist denn das, was wir jetzt tun, richtig als Lösung dieser Schuldenkrise? Müssen alle Staaten mit Gewalt den Gürtel enger schnallen. Das, was die Staaten im Moment versuchen, ist falsch. Denn Staaten sind keine privaten Haushalte. Wir alle lieben die schwäbische Hausfrau, unser Finanzminister besonders, aber die schwäbische Hausfrau bietet ein falsches Bild. Die schwäbische Hausfrau kann nämlich ihren Gürtel enger schnallen, und sie kann ihre Schuldensituation nur verbessern, wenn sie darauf vertrauen kann, dass ihr Einkommen weiter so bleibt, wie es bisher war. Ihr Einkommen läuft weiter. Dann kann man sich den Gürtel en-

ren, deswegen müssen sie auch noch die Löhne senken.

So und jetzt stellen sie sich eine Wirtschaft vor, wo der Staat seine Ausgaben massiv senkt, wo die Menschen ihre Ausgaben senken, weil ihre Löhne sinken. Was soll da passieren? Diese Wirtschaft geht in eine Rezession, die immer tiefer ist. Und genau das ist in Griechenland passiert. Die Wirtschaft ging in eine immer tiefere Rezession, die Defizite stiegen und wir haben gesagt nun, ihr müsst es noch mal versuchen, ihr habt nicht genügend gespart. Es ist aber gelogen, es war genug gespart. Selbst der Internationale Währungsfonds, der ja wirklich in dieser Sache unverdächtig ist, eine solch extreme Position wie ich sie habe zu teilen, hat gesagt sie haben genug gespart. Aber es hat leider nicht bei den Einnahmen funktio-



Auch die GdP war beim Neujahrsempfang vertreten, v.l.n.r.: Werner und Elke Oswald, Wolfgang Link

nien, Portugal und Griechenland an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Wie gesagt, wir müssen immer auch die Frage entscheiden, wer richtig und wer falsch lag. Aber wir diskutieren nicht. Und hier kommt das eigentliche Problem: Wir diskutieren nämlich, dass wir ein Schuldenproblem haben, wir sagen doch „Schuldenkrise“ in Europa.

Dass der griechische Staat, die südeuropäischen Staaten über ihre Verhältnisse gelebt haben. Diese alles falsch gemacht haben. Aber auch das ist fundamental falsch. Es ist nicht eine Schuldenkrise in erster Linie, sondern es ist eine Krise eines unterschiedlichen Verständnisses

ger schnallen, seine Schuldensituation verbessern.

Der Staat ist aber keine schwäbische Hausfrau, weil er niemals genau das tun kann. Wenn alle Staaten jetzt anfangen, massiv ihre Ausgaben zu kürzen, dann werden ihre Einnahmen sinken. Und die Defizite werden nicht sinken, sondern die Defizite werden mindestens gleich bleiben, wahrscheinlich steigen. Warum? Wenn der Staat seine Ausgaben kürzt, geht die Wirtschaft tiefer in die Krise. Und dann haben wir uns noch zusätzlich etwas ausgedacht, weil wir gesagt haben, die anderen haben ihre Löhne zu stark erhöht in den letzten zwölf Jah-

nier. Warum? Weil das Einkommen gesunken ist. Dieses Rezept, dass man wegen der vermeintlichen Schuldenkrise die Ausgaben überall senken und die Steuern erhöhen muss, dieses Rezept haben wir gerade ganz Europa verschrieben. Wir haben nicht zur Kenntnis genommen, dass es nicht nur die griechische Erfahrung gibt, dass es nicht funktionieren kann, nein es gibt dreißig Jahre internationale Erfahrung, dass das niemals funktionieren wird.

Es kann niemals funktionieren, dass die Staaten sich selbst ihre Defizite durch Kürzung runter fahren. Der Internationale Währungsfonds,

den wir jetzt zu Hilfe rufen, hat es dreißig, vierzig Jahre lang probiert. Wir haben gerade eine große Untersuchung in Genf darüber gemacht und festgestellt, es hat niemals funktioniert. Und warum hat es niemals funktioniert? Nun weil es nicht geht. Es geht einfach gegen die Logik. Und die einzigen Fälle, wo etwas funktioniert hat, kann man ganz genau identifizieren. Denn in all diesen Fällen gibt es nur ein einziges Mittel, was dazu beigetragen hat, diese Staaten zu retten. Es war nicht Schuldenschnitt oder so etwas, sondern das war Abwertung der Währung. Argentinien wäre heute noch in einer großen Krise und wäre im Chaos untergegangen, wenn es nicht seine Währung im Zuge der Krise massiv abgewertet hätte. Argentinien hat seine Währung gegenüber dem Rest der Welt um 65 % abgewertet. Und dadurch ist es aus der Krise gekommen. Korea hat abgewertet, Malay-

doch einfach so machen wie Deutschland vorher: wir erhöhen die Löhne nicht mehr oder es müsste ja schneller gehen, sie müssen die Löhne senken. Wir haben 10, 12 Jahre die Löhne praktisch nicht mehr erhöht, dadurch sind wir in die gute Situation gekommen und jetzt sollen die anderen das gleiche machen. Und wieder machen wir einen entscheidenden logischen Fehler. Denn auch das geht nicht. Nicht weil es nicht schön ist, oder weil es nicht sozial ist. Das ist alles Quatsch. Weil es gegen die Logik ist. Es kann einer seine Löhne senken, wenn die anderen ihre Löhne lustig weiter erhöhen, so wie es in Europa war in den letzten 12 Jahren, dann erarbeitet man sich einen Wettbewerbsvorteil, das ist die deutsche Situation. Wenn alle ihre Löhne nicht erhöhen oder senken, gegen wen sollen sie ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern? Sagt doch Herr Schäuble, Europa muss seine Wert-

großen Regionen Japan, USA und Europa zusammen rechnet, findet man heraus, dass sie eine fast geschlossene Volkswirtschaft sind. Die haben fast keinen Export. Der Export beträgt noch 8 %. Die Investitionen betragen 10 %. Und was ist der Rest? Über 80 % des Brutto-Inland-Produkts, dessen was diese Volkswirtschaften erwirtschaften, wird konsumiert. Der Konsum hat einen Anteil von über 80%. Wenn diese drei große Regionen nun versuchen, auf Konsum zu verzichten und sagen, wir verbessern unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Rest der Welt, dann ist es absolut lächerlich, ist einfach falsch. Dann ist es so, als würden wir sagen, die Welt verbessert ihre Wettbewerbsfähigkeit, gegen Mars, Mond, oder Venus.

Wettbewerbsfähigkeit ist ein relatives Konzept, es kann niemals absolute Wettbewerbsfähigkeit geben, sondern immer nur gegenüber irgendjemanden. Und diese Wettbewerbsfähigkeitsverbesserung kann nicht funktionieren, wenn sie es alle gleichzeitig versuchen. Aber genau das ist das, was wir jetzt tun in Europa. Wir versuchen zwei Dinge, die vollkommen unmöglich sind: wir versuchen auf der einen Seite Fiskaldefizite zu reduzieren durch Kürzung der fiskalischen Ausgaben, was unmöglich ist, und dann versuchen wir die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Das ist das Szenario, mit dem wir leben müssen. Dann will ich aber noch die Frage beantworten, wer denn etwas falsch gemacht hat. Nun, es haben in Südeuropa einige Länder etwas falsch gemacht. Das ist gar keine Frage. Wir haben uns nämlich ein gemeinsames Inflationsziel in dieser Währungsunion gegeben, weil Währungsunion überhaupt nur ein zentrales Ziel hat.

Eine Währungsunion ist nicht eine Union von Ländern, die gleiche Fiskaldefizite haben wollen, auch nicht in erster Linie eine Union von Ländern die gleiche Urlaubstage haben wollten. Frau Merkel hat ja gesagt, mit den Griechen funktioniert das nicht, weil die zu viele Urlaubstage haben. Das ist leider ein Missverständnis von Währungsunion. Eine Währungsunion ist eine Union von Ländern, die die gleiche Inflationsrate haben wollen für alle



Auch die Pensionäre waren vertreten: Wolfgang Lang und Sigi Heck, dahinter Uwe Nachtwey und der PP WH Robert Schäfer

sia hat abgewertet, Indonesien hat abgewertet, Brasilien hat abgewertet, Russland hat abgewertet, alle die aus einer Krise herausgekommen sind, haben abgewertet. Jetzt müssen Sie das auf Europa übertragen. Da gibt es leider keine Währungen mehr. In der Währungsunion kann niemand mehr abwerten.

Und deswegen sind wir auf die geniale Idee gekommen und haben gesagt, dann sollen die Länder es

bewerbsfähigkeit verbessern. Ja gegen wen? Gegen wen erhöhen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit? Gegen die Chinesen natürlich, weis ich doch. Sie müssen die Chinesen niederhalten, das war ja der Grund für diese Lohnzurückhaltung. Haben jedenfalls große Ökonomen, die im Kanzleramt saßen, immer gesagt. 80 Millionen Deutsche müssen 1,3 Milliarden Chinesen niederhalten. Niederhalten, das war der entscheidende Irrtum. Wenn man die drei

Zeiten. Und sie haben sich auf eine Inflationsrate geeinigt, und die war nicht Null, sondern die war 2%. Europa hat sich gemeinsam auf eine Inflationsrate von 2 % geeinigt. Warum auf 2 %? Das war die deutsche Vorgabe. Denn Deutschland hatte immer eine Inflationsrate von 2% als entscheidendes Ziel. Und nun kann man ja überprüfen, wer hat sich an diese 2% gehalten und wer nicht? Ich sage Ihnen die Antwort, die Antwort ist ganz einfach: ein einziges Land in Europa hat sich an die 2% Vorgabe gehalten, das heißt aber nicht Deutschland. Sondern das heißt Frankreich. Deutschland hat eine Inflationsrate in diesen 12 Jahren von etwa 1,1 %. Griechenland und die anderen Südeuropäer haben 2,6% gemacht, Frankreich hat ganz genau 1,9% gemacht, das was die EZB vorgegeben hat, leicht unter 2%. Und herausgekommen sind genau 2% für die Europäische Währungsunion, aber es war leider ein vollkommen unechter Durchschnitt. Es ist eben so, wenn sie mit dem Hintern auf der heißen Herdplatte sitzen und die Füße in Eiswasser haben, sind sie im Durchschnitt auch OK. Aber sie können leider nicht überleben. Das ist das kleine Problem was alle, hier in Frankfurt vor allem, - da zeige ich wieder in die Richtung Bundesbank und EZB - was alle falsch gemacht haben, was

die wunderbaren Währungshüter total übersehen haben.

Man kann nicht unterschiedliche Inflationsraten in einem einheitlichen Währungsraum haben, und wer gegen diese Inflationsraten-Vorgabe, die man gemeinsam erarbeitet hat verstößt, muss sanktioniert werden. Aber es müssen auch die sanktioniert werden, die darunterliegen und nicht nur die, die darüber liegen. Deutschland hat weiter darunter gelegen als etwa Griechenland darüber gelegen hat. Und nun müssen sie noch fragen wo die Inflationsraten herkommen. Nun das kann ich ihnen sagen. Inflationsraten kommen von den Löhnen.

Genauer gesagt von dem, was die Ökonomen Lohn-Stückkosten nennen. Wenn sie eine nationale Produktivität von 2% haben, sie haben Lohnabschlüsse von 4 % kommen Lohnstückkosten von 2 raus. Das wäre völlig in Ordnung gewesen. Das war die Zielvorgabe an die sich alle hätten halten können. Aber Deutschland hat nur 0,6 % oder etwas in der Größenordnung gemacht und Griechenland hat 2,5 gemacht. Und wenn man das über 10 Jahre macht, ergibt es eine Wettbewerbslücke in der Größenordnung von 25 bis 30 %. Das heißt alle deutschen Produkte sind heute 25 % billiger als alle griechischen. Aber

es gibt keinen Grund für Deutschland sich darüber lustig zu machen oder die Griechen dafür zu verurteilen. Deutschland hat mindestens so stark gegen diese gemeinsame Vorgabe verstoßen wie die anderen Länder. Und das müssten wir ja wenigstens mal zur Kenntnis nehmen, wenn man ein Problem lösen will. Das, was ich Ihnen jetzt vortrage ist nicht meine Erfindung. Ich habe es vielleicht als erster gesagt irgendwann schon in den neunziger Jahren, aber es ist inzwischen weltweit fast Einheitsmeinung. Nur Deutschland hat sich abgeschottet und hat gesagt damit, wollen wir nichts zu tun haben, das geht uns nichts an. Wir haben die Schuldigen entdeckt und die Schuldigen werden zur Verantwortung gezogen.

Und das kann niemals funktionieren, weil es gar nichts zur Belebung der Wirtschaft beitragen kann. Man kann eine Wirtschaft nicht durch Kürzungen beleben, außer man hat einen Impuls von außen irgendwo, wie gesagt: die Abwertung. Wenn ich abwerte und alle anderen nicht abwerten, sondern alle anderen das hinnehmen, dass ich abwerte, dann werden meine Produkte wieder billiger und dann kann ich meine Situation bereinigen. Wenn man aber die Währungsunion erhalten will und das würde ich doch mal vorschlagen,

Mit uns können Sie über alles reden. Auch über Kunst.

Ausstellungen und Beratung rund um die Themen Recycling und Abfall: Ihr FES-Servicecenter.





FES-Servicecenter • Liebfrauenberg 52-54 • 60313 Frankfurt am Main
 E-Mail: services@fes-frankfurt.de • www.fes-frankfurt.de



sollten wir uns alle zum Ziel setzen.

Denn, wenn diese Währungsunion auseinander bricht, bricht ja nicht nur die Währungsunion auseinander, es bricht ganz Europa auseinander. Wenn man diese Währungsunion erhalten will, müsste man darüber reden wie die anderen, ohne dass sie sich zu Tode kürzen, ohne dass sie ihre Wirtschaften kaputt machen, wie die anderen ihre Wettbewerbsfähigkeit allmählich wieder verbessern können. Wie können die ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern? Dadurch, dass sie selbst die Löhne senken, was aber ein Selbstmordprogramm ist, weil sie erst ihre Konjunktur kaputt machen. Oder aber dadurch, dass die anderen, die bisher unter ihren Verhältnissen gelebt haben, die ihren Gürtel dauernd zu eng geschnallt haben, ihren Gürtel weiter schnallen. Eine Währungsunion ist nämlich eine Gemeinschaft von Ländern, die sich an ihre eigenen Verhältnisse anpassen müssen und nicht an die Verhältnisse der anderen. Man muss nicht die gleichen Urlaubstage haben. Man muss auch nicht das gleiche Einkommen haben. Man muss sich an seine Verhältnisse anpassen und das ist die Produktivität eines Landes. Und deswegen muss Deutschland sich wieder an seine Produktivität anpassen, weil Deutschland massiv unter seinen Verhältnissen gelebt hat.

Es kann aber der eine nicht unter seinen Verhältnissen leben, ohne dass ein anderer über seinen Verhältnissen lebt und umgekehrt. Und deswegen muss man genau dieses Problem diskutieren: wie kommen wir in Europa wieder dazu, dass jeder entsprechend seinen Verhältnissen lebt. Wir müssen das diskutieren, weil es sonst für die Wirtschaft dieser Welt keine Lösung gibt. Die Wirtschaft dieser Welt kann nicht funktionieren, wenn die Menschen nicht systematisch teilhaben an dem, was sie vorher produziert haben in Form von höheren Einkommen. Und nun gibt es noch eine schöne Legende, die ich widerlegen muss, die dem so fundamental widerspricht, was ich hier sage. Das ist die Legende, dass es in Deutschland doch eigentlich gut gegangen ist. Wir stehen doch gut da. Und das hat auch damit zutun, dass wir unsere

Löhne gekürzt haben, dass wir flexibel waren, dadurch sind auch mehr Arbeitsplätze entstanden.

Das stimmt genau nicht. Oder es stimmt nur unter den ganz besonderen historischen Bedingungen der letzten 10, 12 Jahre. Wir haben nämlich die einmalige Bedingung gehabt, dass wir ein Experiment in Sachen Lohnzurückhaltung gemacht haben, wo die Gewerkschaften durchaus beteiligt waren. Alle die hier sind waren beteiligt, das ist ja nicht ohne sie gemacht worden. Das fing schon 1996 in „ein Bündnis für die Arbeit“ an, wo die Gewerkschaftsspitzen auch gesagt haben, wir wollen von nun an nicht mehr unsere Produktivität verfrühen, sondern wir wollen sie für die Beschäftigung reservieren. Das ist der Beschluss eines Bündnisses für Arbeit aus dem Jahr 1996 unter Helmut Kohl. Das hat fundamental nicht funktioniert. Warum es nicht funktioniert hat, kann ich ihnen erklären. Es ist nicht besonders kompliziert, obwohl sich die meisten Ökonomen damit schwer tun, aber nur, weil es so zentral gegen ihre Vorurteile geht. Man kann es daran fest machen, dass es nicht funktioniert hat, dass in Deutschland die Binnennachfrage seit dieser Zeit niemals gestiegen ist. Das erfahren sie allerdings nicht, wenn sie in die deutschen Zeitungen gucken. Gestern war wieder so ein wunderbarer Tag, als die deutschen Einzelhandelsumsätze herauskamen. Das statistische Bundesamt bringt die deutschen Einzelhandelsumsätze heraus und schreibt schon oben drüber: Boom in Deutschland.

Dann kommt der Einzelhandelsverband, der sagt, die Deutschen geben Geld aus wie verrückt. Und dann steht das in allen Zeitungen: die Deutschen konsumieren auf Teufel komm raus. Das ist aber leider falsch. Es ist kein Boom. Wenn Sie den Deutschen Einzelhandel anschauen, schauen sie die Reihen an, die die Bundesbank veröffentlicht oder das Statistische Bundesamt veröffentlichten.

Dann sehen sie, dass der Deutsche Einzelhandel im November 2011 die wunderbare Zahl 98 erreicht hat, und 98 deswegen, weil es ein Index ist, aber die Basis dieses Index ist 2005 = 100. Wenn Sie also 2005 = 100 setzen haben sie im

November 2011 98 erreicht. Das ist ein irrer Boom. Und wenn Sie noch weiter zurückgehen in das Jahr 1994, dann finden wir heraus, dass der Deutsche Einzelhandelsumsatz unter seinem Wert von 1994 liegt. Ohne Inflationsrate. Jetzt dürfen Sie alle mal ihre Einkommenssituation Revue passieren lassen in dieser Zeit. Da werden Sie feststellen, dass es Ihnen ganz genauso geht.

Dass nämlich Ihre Einkommen im Durchschnitt mindestens unverändert geblieben sind, wenn sie an der unteren Skala sind, sind sie sogar gefallen. Obwohl Deutschland von 1994 bis heute eine fast oder meistens wachsende Wirtschaft hatte und eine steigende Produktivität. Nur diese reservierte Produktivität ist nicht in die Beschäftigung gegangen, weil die Gewinnnachfrage konstant war. Die Idee, die Chinesen niederzuhalten, kam erst später, eine Schrödersche Erfindung, Chinesen niederhalten, als Niedersache kann man so etwas.

Die ursprüngliche Idee war, dass wenn man weniger Löhne hat pro Kopf, dass dann die Kopfbilanz so steigt, dass es überhaupt niemals einen negativen Einfluss auf die Nachfrage insgesamt hat. Dass das falsch ist, kann man an der stagnierenden Binnennachfrage in Deutschland nachweisen. Und nun kommt der andere Punkt, den wir noch dazu nehmen müssen. Dennoch hat Deutschland Beschäftigung geschaffen, aber womit? Nun über den Export. Die Hälfte des deutschen Wachstums seit 2000 kommt vom Außenbeitrag d.h. Von dem Abstand zwischen Export und Import. Nicht von Exporten allein. Und nun müssen Sie sich wieder überlegen, wenn Sie für die Welt zuständig wären, was das bedeutet. Dann wüssten Sie, wenn ein Land die Hälfte seines Wachstums vom Export bekommt, irgendwo auf dieser Welt ein anderes Land sein muss bei dem das genau umgekehrt ist. Das waren in letzten 20 Jahren oft die USA. Zum Schluss waren es vor allem unsere europäischen Partner, die gar keine andere Chance hatten, als über ihre Verhältnisse zu leben und Dinge zu kaufen, die sie sich eigentlich nicht leisten konnten. Dinge, die wir Ihnen verkauft haben, weil sie so schön billig waren. Natürlich hat in Deutschland das

positiv zu Buche geschlagen, nur woanders negativ.

Darüber müssen wir uns im Klaren sein. Nichts gegen Export und nichts gegen Handel. Damit hat das überhaupt nichts zu tun. Aber der Saldo im Handel kann nicht permanent zu Gunsten eines Landes und zu Lasten der anderen sein. Der internationale Handel kann keine Einbahnstraße sein. Es kann nicht sein, dass ein Land sagt wir mussten doch exportieren, wir waren doch so super wettbewerbsfähig. Warum eigentlich, warum konnten sie nicht alle Mercedes kaufen und Porsche? Warum mussten sie die Saudis kaufen, oder die Amerikaner, oder die anderen Europäer, obwohl sie es sich nicht leisten konnten? Die Saudis konnten es sich leisten. Wir haben ein archaisches Bild von Wirtschaft, weil wir immer noch glauben, Export sei etwas besonders Gutes.

Wenn man den Leuten Dinge verkauft, die sie sich eigentlich nicht leisten können, wird man dafür niemals die Erlöse bekommen, die man erwartet. Dann gibt ja auch dieses wunderbare Beispiel, dass man sagt, die Griechen können ja sowieso nichts produzieren außer Feta und Olivenöl. Dann hätte man den Griechen auch nichts verkaufen dürfen, dann hätte man ihnen keine Maschinen, keine deutschen Waffen, keine anderen Dinge verkaufen dürfen, wenn man davon ausgeht, sie können das niemals zurückbezahlen. Am Ende muss man nämlich immer in Waren zurückbezahlen. Und wenn wir nicht bereit und in der Lage sind, Waren von diesen anderen Ländern zu nehmen, dann können sie ihre Schulden niemals begleichen. Das heißt, dass Deutschland sein Finanz- und Wirtschaftsmodell fundamental umstellen muss.

Es muss ein neues Wirtschaftsmodell her, damit Deutschland sich in den nächsten Jahren entwickeln kann.

Denn das jetzige Wirtschaftsmodell sieht so aus, niemand soll Schulden machen, Schulden sind schlimm. Den Schulden steht in dieser Welt ja immer etwas gegenüber. Was ist das Gegenüber der Schulden? Das Gegenüber der Schulden sind die Ersparnisse. Wenn einer

Schulden macht, muss ein anderer gespart haben. Es gilt aber auch umgekehrt, wenn einer spart, muss ein anderer sich verschulden. Nun kommt das deutsche Wirtschaftsmodell, das heißt so: in Deutschland sparen die privaten Haushalte etwa 10% ihres Einkommens, das ist völlig in Ordnung. Der Staat soll keine Schulden mehr machen, also null Schulden. Aber dummerweise machen die deutschen Unternehmen seit vier, fünf Jahren auch keine Schulden mehr.

Die deutschen Unternehmen sparen. 2% vom Bruttoinlandsprodukt. Alles, was es in Deutschland gibt, macht keine Schulden, der Staat, die Haushalte und die Unternehmen sparen. Was passiert mit diesen guten deutschen Ersparnissen? Da soll doch die Rente von bezahlt werden in dreißig Jahren. Wer verschuldet sich denn? Es muss doch jemand diese Ersparnisse von der Bank nehmen und damit irgendetwas Vernünftiges tun. Sonst ist wieder alles gegen die Logik. Aber wer verschuldet sich? Das sind die Staaten rund ums Mittelmeer. Die müssen sich verschulden. Sie haben sich verschuldet als Gegenstück zum deutschen Wirtschaftsmodell, die Länder in Südeuropa und auch Frankreich.

Nur dumm ist, dass sie jetzt alle unsere Ersparnisse haben und wir erklären sie gerade für pleite, weil sie so hoch verschuldet sind. Aber sie sind nur so hoch verschuldet, weil wir gespart haben, ohne Schulden machen zu wollen. Das sollen jetzt alle auf dieser Welt machen. Der Staat macht keine Schulden mehr, die Privaten sparen sowieso, die Unternehmen wollen keine Schulden machen; also alle auf der ganzen Welt machen Ersparnisse. Dann ist die Marktwirtschaft innerhalb von drei Monaten kaputt.

Wenn alle auf dieser Welt nur noch sparen, geschieht das wirklich. Wir können nicht alle wie die schwäbische Hausfrau sein. Es muss jemanden geben, der sich verschuldet. Ich will Ihnen noch sagen wie das auch geht. Es gab einmal ein Deutsches Wirtschaftswunder in den 50er und 60er Jahren. Wissen Sie, wer sich da verschuldet hat? Das waren nicht die Ausländer. Da haben die deutschen Unternehmen sich verschuldet. Deutsche Unter-

nehmen haben sich zu 8, 9, 10 % am Brutto Inlandsprodukt verschuldet, haben die Ersparnisse der privaten Haushalte aufgenommen und haben sie investiert. Das war ein erfolgreiches Wirtschaftsmodell. Heute haben wir ein Wirtschaftsmodell, wo die Unternehmen sparen, so viele Einnahmen haben, dass sie nicht wissen wohin damit.

Die deutschen Unternehmen investieren nicht sehr viel, sondern tragen ihr Geld, das sie zu viel haben, zur Bank, zu Herrn Ackermann und sagen, mach mir mal ein schönes Investment irgendwo auf dieser Welt. Wenn man das ändern will, dass immer nur bestimmte Ländergruppen sich verschulden und dann von uns wieder Bankrott erklärt werden, dann müssen Sie eines beginnen zu begreifen. Deutschland braucht ein fundamental anderes Wirtschaftsmodell.

Denn ein Wirtschaftsmodell, das gegen die Logik ist, kann nicht funktionieren. Wenn etwas gegen die Logik ist, wird es früher oder später explodieren. Und da mag es einem im Moment noch gut gehen. Das ist wie der Mann, der aus dem 35. Stock springt und beim 25. Stock noch ruft „bis hier ist noch alles gut gegangen“.

So ist die deutsche Wirtschaftspolitik im Moment, alles noch gut gegangen. Aber es geht leider nicht so weiter, und was alle, vor allem aber die Gewerkschaften einfordern müssen, ist eine ernsthafte Diskussion dieser Frage. Das ist das mindeste was man verlangt. Was am Ende rauskommt, will ich mal offen lassen. Aber wir müssen uns damit auseinander setzen. Denn meine englischen und amerikanischen und asiatischen und sonstigen Kollegen fragen mich, was ist das eigentlich für ein Land, wo es nicht möglich ist, eine solche Frage zu diskutieren.

Und das wünsche ich uns allen für das Neue Jahr, dass wir beginnen ernsthaft zu diskutieren. Ich mag nicht in allem Recht haben, aber ich habe sicher Recht, dass wir es diskutieren müssen, denn sonst sind wir verloren.

Vielen Dank.

Swen Eigenbrodt neuer Kripo-Vertreter

Ralf Humpf legt Amt im Landesvorstand nieder



KOR Swen Eigenbrodt, neuer Kripo-Vertreter im Landesvorstand der hessischen GdP nw

Einen Wechsel beim „Kripo-Vertreter“ hat es jetzt im Landesvorstand der GdP Hessen gegeben. Ralf Humpf (HLKA) hat sein Mandat niedergelegt, um nicht zu viele Ämter inne zu haben. Jörg Bruchmüller hat mit KOR Swen Eigenbrodt, Leiter des Fachbereichs 4, Sonderlagen/Spezialeinheiten an der Polizeiakademie Hessen, einen Mann gefunden, der bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen. Jörg Bruchmüller kennt ihn von der Zeit der Ausbil-

dung und spricht ihm eine große soziale Kompetenz zu. Der neue Mann erklärte aber gleich, dass ihn seine Aufgabe stark beanspruche, dass kaum Zeit bleibe für die Familie.

Höherer Dienst als Organisation für „Frontkämpfer“

Swen Eigenbrodt hat ist seit 21 Jahren bei der Polizei, fast ebenso lange in der GdP und seit drei Jahren Leiter des Fachbereichs 4. Er wurde im Siegerland als Sohn hessischer Eltern geboren, wohnt in Rüsselsheim, ist verheiratet, hat eine Tochter. Die Ehefrau ist ebenfalls Polizistin. Er wolle die neue Aufgabe „redlich und seriös“ erfüllen, sagte er in einem Vorstellungsgespräch. Er habe mehrere Seminare der GdP besucht, was ihm auf seinem Weg in den höheren Dienst geholfen habe. Mit einem Märchen räumte er gleich auf, dass nämlich der höhere Dienst mehr verdiene. Da würden viele Stunden einfach nicht berechnet. Würde man es machen, bekäme man pro Stunde 30 Cent mehr. Es stimme auch nicht, dass im höheren Dienst „keine echte Polizeiarbeit gemacht wird“. Sein Argument: „Frontkämpfer“ brau-

chen eine entsprechende Organisation. Der höhere Dienst sei diese Organisation. Er wisse, was Polizeiarbeit ist, wisse, was „unten geschieht“, sonst könne er nicht führen. Swen Eigenbrodt hat 2005 bis 2007 in Münster studiert. Er hat seinen Masterarbeit geschrieben zu dem Thema „Sonderlagen – Management“. Er hat während seiner Ausbildung bei zahlreichen Dienststellen in Hessen gearbeitet. Auch international ist er aktiv gewesen (und ist es noch), betraut mit verschiedenen Aufgaben. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit der Türkei, die der EU beitreten wolle und mit Österreich.

Graben zwischen „S“ und „K“ langsam zuschütten

Swen Eigenbrodt freut sich, dass er als „höherer Dienst“ in der GdP aktiv sein kann. Er wolle gerne Kripo-Arbeit machen, wolle auch Seminare für den h.D. machen. Er sehe es als seine Aufgabe an, den Graben zwischen Kripo und Schupo langsam zuzuschütten. Dieser Graben sei nicht zukunftsfähig. Der Gegensatz Kripo:Schupo sei nur etwas fürs Kino. Die „dunkle Seite der macht“ sei vorhanden. Er hoffe aber, dass sich das Positive in unserer Gesellschaft durchsetze.

Der Kripo-Mann verwies darauf, dass er in den Gewerkschaften „Organisationswächter“ sehe, die sich von Anfang an gegen die Ausbeutung von Beschäftigten eingesetzt hätten. Er sagte aber auch, dass der h.D. nicht immer auf der Seite der Arbeitgeber stehe. Eine getrennte Ausbildung von „S“ und „K“ sei nicht im Sinne einer Einheitspolizei. Jeder müsse eigentlich alles können und sich später spezialisieren. nw



**GdP –
Gut, dass es sie gibt!**



Herausragende Geburtstage

Sie stehen trotz ihres erhabenen Alters von 80 Jahren und mehr als Mitglieder in unseren Reihen. Deshalb wünscht ihnen die Gewerkschaft der Polizei - Bezirksgruppe Frankfurt - noch weitere schöne Jahre und gratuliert ganz besonders zum

95. Geburtstag:

Eduard Lohberger

91. Geburtstag:

Johann Hofmann

87. Geburtstag:

Martha Budras
Hans-Günter Sterner

86. Geburtstag:

Horst-Walter Bradtke
Franz Reimer

85. Geburtstag:

Elisabeth Schmidt

84. Geburtstag:

Arthur Unger

83. Geburtstag:

Herbert Wandschura
Gerhard Hirsch

82. Geburtstag:

Horst Tiszecker

80. Geburtstag:

Erna Bartsch
Manfred Kern
Anton Markard
Reinhold Stamm

Der Vorstand der Bezirksgruppe Frankfurt wünscht allen Kolleginnen und Kollegen, die 60 Jahre und älter geworden sind bzw. noch werden, weiterhin Gesundheit, Zufriedenheit und noch viele aktive Jahre.

Im Monat Januar hatten Geburtstag:

Erich Bischof
Hans Boscheinen
Waltraud Dey
Hans-Joachim Döring
Günter Druschel
Reinhold Gauer
Edith Goger
Rüdiger Hauschild
Hans Georg Heinz
Reinhard Huber
Manfred Jahnel
Karola Jepp
Lothar Keller
Lothar Kilian
Franz-Josef Kleineidam
Kurt Klimt
Hans Jürgen Klotz
Annemarie Löffler-Früh
Alfred Möller
Ursula Moosbauer
Gunther Möschl
Karl Gunther Müschlich
Dieter Pyszko
Herbert Ratzka
Wolfgang Richter
Eberhard Rumpf
Hans-Günter Schäfer
Rolf Schäfer
Edgar Schmidt
Norbert Selzer
Volker Stengel
Solweig Stoll
Knut Stroh
Helmut Teschner
Bernhard Thomas
Josef Weichand
Norbert Wied
Axel H. Zeuner

Im Monat Februar hatten Geburtstag:

Margarete Brendel
Manfred Dehm
Siegfried Dorfschäfer
Heinrich Fay
Hans-Joachim Feldmann
Heinz Wolfgang Förster
Klaus-Jörg Gisevius
Gerhard Grund
Josef Guldán
Walter Gutermuth
Hans Hacker
Joachim Heinrich
Karin Heinrich
Bernd Helm

Anni Hubl
Kurt Junk
Uwe Klein
Heinz Klier
Helmut Knorr
Manfred Kunz
Waltraud Kunzi
Marianne Metzler
Rudolf Mittag
Hans-Günter Neeb
Sylvia Neidhart
Erika Podolzak
Helmut Schaaf
Hans-Werner Schneeweis
Bernd Schuchardt
Gerhard Sigel
Raimund Stahl
Alfred Stieler
Christine Wisler
Walter Wobbe
Reiner Wöhle
Günter Wolf
Rudolf Hans Wüst

Im Monat März hatten / haben Geburtstag:

Matthias Detig
Hans-Rudi Dorn
Ingrid Dornheim
Klaus Fickel
Hermann Fink
Arthur Freitag
Dieter Gölling
Horst Gröpler
Renate Gumbert
Gerhard Heiliger
Dietrich Hoffmann
Jürgen Hofmann
Walter Klaus
Günter Klempera
Wilhelm Knieling
Hansgeorg Koppmann
Klaus Krenzer
Helmut Liewald
Klaus Maier
Monika Menden
Richard Röss
Peter Reusch
Joachim Schlemminger
Johannes Schüßler
Otto Sichau
Marlene Smital
Helga Sparwasser-Sablowski
Hubert Stamm
Manfred Stefan
Renate Vonhof
Franz Winkler
Otto Ziemer

EHRUNGEN

Wir gratulieren zum ...

80jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Johann Groß

60jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Manfred Bender

Josef Lang

Alfred Radtke

Hedwig Schöppner

Helga Sparwasser-Sablowski

Hans-Günter Sterner

Ernst Weidel

Dietrich Wetzell

50jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Bernhard Keim

Franz-Josef Kleineidam

Robert Otto

Peter Reusch

40jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Arthur Baum

Peter Benzin

Werner Böhm

Wilhelm Fachinger

Wilhelm Gonnermann

Gerd Heilmann

Roland Kress

Arias Francisco Martinez

Rudolf Mittag

Helmut Raatz

Michael Schütz

Bruno Stein

Ulrike Thummerer

Jürgen Witzel

25jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Meinhard Andres

Norbert Beck

Dieter Einert

Peter Richert

Heidemarie Zeihls

40jährigen Dienstjubiläum

Wolfgang Henning

25jährigen Dienstjubiläum

Bettina Kuhn

Susanne Mimler

Es traten in den Ruhestand:

Lothar Kilian

Harald Meyer

Alfred Möller

Wolfgang Richter

Es sind verstorben:

Reinhard Bätz

* 17.05.1952 + 27.10.2011

Axel Grünberg

* 18.02.1958 + 13.11.2011

Viktor Lamparski

* 06.03.1916 + 26.11.2011

Bodo Arnold

* 16.03.1942 + 08.12.2011

Herbert Köppel

* 01.11.1929 + 14.01.2012

Wir werden den Verstorbenen ein
ehrendes Andenken bewahren.

Herzlich willkommen in der Bezirksgruppe Frankfurt:

Frank Allmenröder

Dogan Andic

Thomas Aretz

Karl-Heinz Becker

Patrick Bolz

Matthias Böttcher

Daniel Brähler

Christoph Bruzdziak

Markus Buschbacher

Ali Ciftci

Paul Dietrich

Markus Dietz

Roman Dinner

Joachim Karl Dittrich

Matthias Dixon

Kay Dube

Achim Dünnhoff

Lena Dziuba

Rebekka Ehrich

Franziska Erb

Tim Ernstberger

Philipp Euen

Torsten Föll

Matthias Gassel

Fabian Gath

René Gath

Aphram Gawro

Katharina Gebhardt

Claudio Gegner

Björn Göring

Uwe Gremm

Christin Grüne

Daniel Gubbels

Christian Günther

Ümit Gürler

Sarah Gutbier

Judith Halbleib

Steffen Heerlein

Philipp Heid

Franziska Heldt

Stefan Herber

Christian Herzenberg

Jan-Peter Hildebrandt

Robert Hochfelden

Jana Hoppmann

Thomas Jarschel

Sarah Jaschke

Julian Kasseckert

Sebastian Kiefer

Johannes Klingelhöfer

Jisua Klinkosch

Sascha Knaust

Leonie Koch

Timo Koletzki

Alexander Kotte

Christina Lang

Hagen Langhoff

Hubertus Lübbers

Lukas Lukowiak

Kai Mannig

Julia Mattheis

Christian Sebastian Michalak

Marietta Mihm

Benedikt Montanus

Josephin Carolin Müller

Markus Naumann

Benjamin Nossek

Matheus Nowrotek

Daniela Ottenbacher

Lisa Raab

Rebekka Rammé

Martin Reinbold

Anja Reutermann-Tietze

Peter Ricke

Heiko Rützel

Hendryk Schirmer

Georgius Schmidt

Stefan Schmidt

Alexandra Schmitt

Thorsten Schmitt
Stefan Schneider
Daniel Schröter
Lisa Schülert
Sven Schultze
Sabine Schurik
Robert Schüttke
Thorsten Seefeld
Daniel Seibel
Ralf Sillus
Nina Spiller
Hendrik Stahn
Daniel Stiebeling
Heide Träxler

Julian Twenning
Niklas Uhl
Nikolai Ullmann
Larissa Volpp
Dominik Wagner
Christoph Waltemode
Achim Weber
Thomas Weber
Matthias Weltzin
Steffen Werner
Marlon Wesemüller
Benjamin Wiewiorra
Alexander Willich
Michael Wingen

Jan Witkowski
Stefanie Wolf
Yvonne Wolf
Dorothea Zylka

Anmerkung der Redaktion:
Wir alle sind Menschen und keineswegs vollkommen. Sollten wir jemand vergessen haben, bitten wir um Entschuldigung, und die oder den Betroffene/n, sich bei uns zu melden, damit wir unsere Unterlagen korrigieren können.

MD

Hannelore Panteleit für 50 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft geehrt



Hannelore Panteleit und Sibylle Perrot

Wenn man über viele Jahre eng mit Arbeitskollegen zusammenarbeitet, bleibt der private Bereich nicht außen vor. So war es auch mit Wilfried Panteleit. Über einige Wahlperioden waren wir für die GdP in den Personalrat gewählt worden und hatten dort unsere Aufgaben zu erledigen.

Auch wenn Kollegen und Kolleginnen nach einer Wahl neu in den Personalrat gewählt wurden, wir waren schnell ein eingespieltes Team, weil wir uns ja schon durch die Gewerkschaftsarbeit kannten.

Da haben wir uns über private Dinge, wie z.B. die Entwicklung unserer Kinder ausgetauscht oder über die Reaktionen unserer Ehefrauen, wenn es mal wieder länger geworden ist. Wir haben mit der Familie telefoniert und Mitteilungen weiter gegeben. Wir saßen im Garten bei einem Glas Apfelwein oder feierten in einer Gastwirtschaft unseren Geburtstag. So hat sich Vertrauen und Freundschaft über viele Jahre entwickelt.

Nach dem Ruhestand und dem frühen Tod von Wilfried Panteleit hat sich das Leben für seine Ehefrau ge-

ändert und wir haben uns aus den Augen verloren. Frau Panteleit hat die Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft aufrechterhalten.

So freuten wir uns auf Hannelore Panteleit, die kurz vor Weihnachten Frankfurt besuchte und wir ihr die Urkunde für 50 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit persönlich überreichen konnten.

Da wurde mal wieder über die „alten Zeiten“ geredet und sich an Ereignisse und Anekdoten erinnert. Ein Thema war der Polizei-Report, an dem Wilfried so manche Nacht gegessen hat, weil er unseren GdP-Mitgliedern Informationen über die GdP-Arbeit und Wissenswertes aus dem Personalrat bieten wollte.

Bezirksgruppe und Seniorengruppe wünschen sich, dass wir trotz großer Entfernung mit Hannelore Panteleit in Verbindung bleiben können.

Sibylle Perrot, Hans Werkmeister und Bernhard Thomas



Kreisgruppe Nord feiert Gewerkschaftsjubiläen

Unser Gewerkschaftsmitglied Heidi Zeihls von der Kreisgruppe Nord hält seit 25-Jahren ihrer GdP die Treue.

Frank Reiß und Lothar Silberling von ihrer Kreisgruppe besuchten daher am Freitag, 03.02.2012, Heidi beim 6. Polizeirevier, um ihr für ihre langjährige Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit in der GdP zu danken.

Beide überbrachten ein kleines Präsent der Kreisgruppe sowie die Jubiläumsurkunde und Ehrennadel der GdP.

Liebe Heidi - auf die nächsten 25 Jahre!



Gerd Heilmann vom 14. Polizeirevier ist nun 40 Jahre Mitglied in der GdP!

Lothar Silberling von der Kreisgruppe Nord brauchte keinen Anfahrtsweg zurückzulegen, um seinen Revierkollegen Gerd zu beglückwünschen.

Er händigte ihm die Urkunde und Ehrennadel seiner GdP sowie ein Geschenk der Kreisgruppe Nord aus.

40 Jahre Mitgliedschaft - gerade in der heutigen Zeit ein sicherlich bemerkenswertes und höchst anerkennungswürdiges Ereignis.

Lieber Gerd - vielen Dank für Deine lange Treue zu Deiner Gewerkschaft und alles Gute für die Zukunft.

Gemeinsam sind wir stark –



darum GdP!

Die vielleicht älteste Funkstreife von Hessen

Es ist mal an der Zeit über unsere beiden älteren Kollegen etwas zu schreiben: „Lu“ und „Binne“, vom Neunten (D 409).

Ich glaube, die Beiden kennt jeder im Direktionsbereich Süd.

Diese beiden Urgesteine heißen richtig: POK Ludwig Häusler und POK Binnemann.

Beide sind jetzt 59 Jahre alt. Nächstes Jahr haben es Beide geschafft und gehen in den wohlverdienten Ruhestand zu gehen.

Eigentlich könnte jeder von ihnen ein Buch über die Frankfurter Polizei schreiben. Sie haben schließlich schon einiges erlebt.

Wie war das damals?

Rainer war 1972 bei der Einsatzbereitschaft Frankfurt, ab 1976 dann beim Neunten. Und das bis heute!

Der Lu ist seit 1976 auch beim Neunten und das auch bis heute!

Beide sind in der II. Dienstgruppe. Beide haben die verschiedensten Funktionen in der Dienstgruppe wahrgenommen und ausgeübt

(Streifenbeamter, Streifenführer , DGL-Vertreter und DGL).

Durch die große Fluktuation innerhalb der Frankfurter Polizei mussten immer wieder neue Kollegen angelernt werden.

Dabei haben unsere Oldies einiges erlebt.

Beispiel Ausstattung:
blaugrüne Uniform,
beige Uniform,
blaue Uniform,
Pistole PP, P 1, P 6, P 30.

Außergewöhnliche berufliche Erlebnisse in der Vergangenheit:

Terroristenfahndung,
Festnahme eines Terroristen in der Textorstr,
gewalttätige Einsätze in der Innensstadt,
Häuserkampf im Westend,
Fahrpreiserhöhung auf der Zeil,
Einsatz an der Startbahn
und und und

Aber es gibt ja nicht nur den Dienst.

Es ist dann auch mal wieder schön zu Hause zu sein.

Binne in Nordhessen, Nähe Philipstal,

Lu, in der Nähe von Hammelburg.



Binne in Aktion

Was fangen die Beiden in ihrer Freizeit an?

Zu dem stressigen Dienst ist es wichtig einen Ausgleich zu haben.

Binne trifft sich gerne mit Freunden in einem Cafe, um sich zu entspannen.

Er lernt gern Land und Leute kennen; bleibt aber auch gern in Hessen und Bayern, vor allen Dingen kennt er sich in Bad Füssing und auf der Milseburg bestens aus.



Lu im Einsatz

Binne ist auch ein Sportschütze. Ab und zu zeigt er es den jungen Schützen bzw. auch den jungen Kollegen, wie richtig geschossen wird, da er eine Trainerlizenz des Deutschen Schützenverbandes besitzt.

Das Geschäft „Polizei“ schaut er sich genau an. Er besitzt ein gesundes Misstrauen. Er muss von einer guten Sache überzeugt werden.

Er kämpft wie ein Löwe, wenn ihm etwas „stinkt“. Beispielsweise die für ihn erkennbaren Ungerechtigkeiten beim Beurteilungsverfahren!!

Und jetzt zum Lu

Der Lu ist ein Kaffeegenießer. Wenn es ein guter Kaffee sein soll, dann ein gerösteter von Kaffee „Wacker“ (Kenianischer, chilenischer oder auch ein Kaffee aus Ostfriesland)

Er geht gern in den Wald. Dort kann er sich entspannen. Ab und zu hat er auch seine Motorsäge „Marke: Stihl,“ dabei.

Einige Bäume müssen dran glauben, aber Holz als Brennstoff ist heute wieder mehr denn je gefragt. Aber alles ist rechts – Lu besitzt einen eigenen Wald in der Nähe von Warthmannsrod.

Lu geht schon jahrelang in seiner Freizeit dieser Beschäftigung nach.

Ab und zu überrascht er mich mit seinem Fachwissen.

Wie war das mit der „Induktionsschiene,“ und die „Flankenfahrt,“? Reaktion von mir zu beiden Fragen: „LU, was ist das?“ Er erklärt es mir.

Und es war hilfreich, als wir einen Vorfall am Süd-Bahnhof hatten, als ein Güterzug drohte zu entgleisen.

Ab und an hatten wir auch etwas

„Leerlauf,“ auf dem Revier. Er zündete sich dann erst mal eine Zigarette an - jetzt natürlich im Raucherraum.

Und er erzählte erst mal über seinen Club (die Clubberer aus Nürnberg). Wie hatten die letzten Samstag gespielt? Gut oder schlecht? Dann wurde über die Finanzen geplaudert. Wie war das mit den kanadischen Nuggets?

Ich versehe mit den Beiden schon seit 1985 Dienst. Durch die Jahre hatte sich in der Dienstgruppe etwas aufgebaut - wir waren und sind wie eine Familie!

Wenn beide dann nächstes Jahr in den Ruhestand gehen, wird es ein großes Loch in die Dienstgruppe – vielleicht sogar in die ganze Frankfurter Polizei - reißen.

Jetzt sind es nur noch ein paar Monate - dann haben die Beiden es geschafft – je nach Standpunkt mit einem lachendem und/oder einem weinendem Auge.

Uwe Nachtwey

Personalversammlung



Blick in die gut besetzte Sporthalle

Zur Personalversammlung in der Sporthalle des Polizeipräsidiums Frankfurt konnte die Personalratsvorsitzende Sibylle Perrot Ende Januar 2012 nicht nur 450 Kolleginnen und Kollegen sondern auch den Hauptpersonalratsvorsitzenden Jens Mohrherr, den Ansprechpartner der Polizei Henning Möller und den Landespolizeipräsidenten Udo Münch begrüßen.

Selbstverständlich war auch die Behördenleitung vertreten durch Herrn Vizepräsident Bereswill vertreten. Polizeipräsident Dr. Thiel müsste leider aus Krankheitsgründen absagen. Wir wünschen ihm auch von hier aus gute Genesung. Nach der allgemeinen Begrüßung und Totenehrung sprach sie die wichtigsten Aspekte ihres Tätigkeitsberichtes an.

Danach nahm Herr Bereswill die Gelegenheit wahr in einem Jahresrückblick den Kolleginnen und Kollegen für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit zu danken. Nach seiner Wahrnehmung habe sich die Einrichtung des „Runden Tisches“ bewährt und es konnten einige Probleme gelöst werden.

Landespolizeipräsident Münch berichtete, dass neue Dienstaussweise in Arbeit seien. Er habe sich um die Sache gekümmert, nachdem er im letzten Jahr hier in Frankfurt herbe Kritik zum neuen Ausweis hören musste. Er erklärte auch, dass der neue Ausweis nicht gerade billig sei

und daher erst Zug und Zug eingeführt werde. Er hätte das Geld lieber für etwas anderes ausgegeben. Als nächstes sprach er das Thema Versetzungserlass an und warb für die vom LPP vorgeschlagene Regelung, 20% der freien Stellen in Nord-, Ost- und Mittelhessen direkt mit Kolleginnen und Kollegen der Fachhochschule zu besetzen. Als Begründung führte er die Altersstruktur im dortigen Bereich an. Zur Problematik der Mitgabe der Wertigkeiten nach A 10 führte er aus, dass er sich auch dieses Problems angenommen habe und bereits einige Wertigkeiten zurückgeflossen seien. Um die Sache zu beschleunigen,

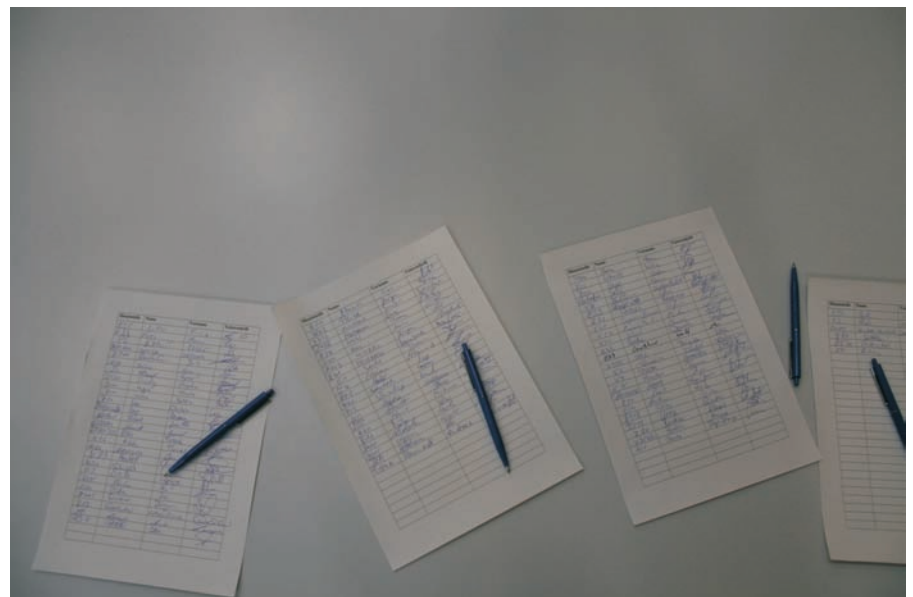
strebe er ein Hebungsprogramm an. Das sei aber noch alles nicht in trockenen Tüchern, da die Haushaltsberatungen auch in diesem Jahr wieder schwierig seien.

Als nächstes ging er auf die Probleme mit der Berechnung des Zusatzurlaubes ein und erklärte, dass er die jetzige Verordnung für völlig veraltet und lebensfremd halte. Er bemühe sich zur Zeit um eine Veränderung der Verordnung und um eine Erweiterung der Zusatzurlaubstage auf sechs.

Zum Schluss seiner Ausführungen ging er auf die Themen Falschbetankungen und Ärztlicher Dienst ein. Er warb für eine Zentralisierung des Ärztlichen Dienstes und appellierte ebenfalls an die Kolleginnen und Kollegen beim Tanken auf die richtige Kraftstoffsorte zu achten.

Nach diesen Reden entspann sich eine Diskussion zu den Themen Bekleidung und Wachpolizei. Hier brachte sich auch Jens Mohrherr ein und machte einige Ausführungen. Leider meldete sich kein Betroffener zum Thema Versetzungserlass, so dass Udo Münch glauben konnte, dass alle mit der 20% Regelung einverstanden sind.

Zum Abschluss der Veranstaltung bedankt sich die Personalratsvorsitzende für die rege Beteiligung. Im Anschluss ist der Tätigkeitsbericht abgedruckt.



Die Teilnahme an der Personalversammlung ist Dienst, wer in seiner dienstfreien Zeit teilnimmt, bekommt die Stunden aufgeschrieben. Daher ist es notwendig, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in eine Anwesenheitsliste eintragen

Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 25.01.2011 bis 24.01.2012

Begrüßung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
herzlich Willkommen zur Personalversammlung der Frankfurter Polizei.

Totenehrung

Zu Beginn unserer Personalversammlung wollen wir der Kolleginnen und Kollegen gedenken, die im Berichtszeitraum verstorben sind.

Aus dem aktiven Dienst:

- | Steffen Herrmann
- | Bernd Hein
- | Heinz-Ulrich Jakoby
- | Marina Schlender
- | Alfred Seifert
- | Reinhard Bätz
- | Axel Grünberg
- | Christoph Ruppert

Aus dem Kreis der Ehemaligen nenne ich stellvertretend:

- | Bruno Riedl
- | Günter Butzbach
- | Willy Bodo Hofmann
- | Bernhard Kowalski
- | Joachim Fulbrecht
- | Willy Blanke
- | Adolf Hillmann
- | Michael Schmitt
- | Holger Egon Koppel
- | Bodo Alfred Arnold
- | die ehemalige Frauenbeauftragte Irmgard Lindenberger
- | das ehemalige Personalratsmitglied Adolf Roth

Personal

Die Personalsituation der Frankfurter Polizei hat sich verbessert. Im Jahre 2010 hatten wir 3.571 Bedienstete, im Jahre 2011 waren es 3.651. Die Zahl setzt sich wie folgt zusammen: 3.128 Beamtinnen und Beamte, 515 Tarifbeschäftigte so-

wie acht Auszubildende. Somit haben wir 80 Beschäftigte mehr als 2010, wobei sich die Zahl der Tarifbeschäftigten um vier, die der Beamtinnen und Beamten um 76 erhöht hat, die Zahl der Auszubildenden ist gleich geblieben. Erstmals seit mehreren Jahren ist somit die Zahl der Beamtinnen und Beamten signifikant angestiegen.



Sibylle Perrot bei ihrer Rede

Trotzdem waren zum Stichtag 31.12.2011 beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main

- | 27,84 Stellen für Vollzugsbeamtinnen und -beamte
- | *2,06 Stellen für Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und
- | 19,77 Stellen für Tarifbeschäftigte unbesetzt.

Mutterschutz /Elternzeiten

16 Beamtinnen befinden sich aktuell im Mutterschutz (Beschäftigungsverbot nach der Hess. Mutterschutzverordnung).

111 Beamtinnen und Beamte (77 weiblich, 34 männlich) befinden sich derzeit für einen längeren Zeitraum in Elternzeit. Davon üben 73 Beamtinnen und Beamte eine Teilzeitbeschäftigung während der Elternzeit aus. Von diesen sind 45 heimatnah abgeordnet. Fünf Anträge

wurden vom PP Westhessen in den letzten Monaten abgelehnt.

99 Beamtinnen und Beamten wurde eine Teilzeitbeschäftigung nach dem Hessischen Beamtengesetz (HBG) zur Betreuung ihrer Kinder bzw. Angehörigen gewährt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass im vergangenen Jahr ca. 298 Beamtinnen und Beamte aus familienpolitischen Gründen durch die Abteilung Verwaltung betreut wurden.

Bei den Tarifbeschäftigten ist die Situation wie folgt:

Aktuell im Mutterschutz sind zwei Beschäftigte, in Elternzeit sechs Beschäftigte, davon vier in Teilzeit.

22 Anträge auf Teilzeitbeschäftigung sind im Jahr 2011 genehmigt worden.

Alternierende Telearbeit und Heimarbeit

Im Jahr 2011 wurden 54 Telearbeitsplätze genehmigt, davon sind 50 Telearbeitsplätze technisch eingerichtet und funktionsfähig, zwei müssen noch eingerichtet werden und zwei Genehmigungen werden derzeit aufgehoben.

In Bearbeitung befinden sich z. Zt. neun Anträge, davon sind zwei Anträge zurückgestellt (davon ein Heimarbeitsplatz zur Erprobung im Rahmen des BEM), ein Antrag hat sich wahrscheinlich erledigt (Versetzung in Ruhestand geplant), sechs Anträge sind in der "normalen" Bearbeitung mit jeweils unterschiedlichem Stand. Ein Antrag wurde bisher abgelehnt.

Die alternierende Telearbeit erfreut sich zunehmender Beliebtheit und wird vom Personalrat unterstützt, da sie wesentlich zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen kann, aber auch eingeschränkt dienstfähige Beamtinnen und Beamte profitieren davon. Personalrat und Behördenleitung haben eine Dienstvereinbarung in Vorbereitung, die kurz vor dem Abschluss steht und dann auch im Intranet nachzulesen ist. In ihr sind alle Modalitäten zum Thema Telearbeit geregelt.

Bes.-Gruppe	April 2011			Oktober 2011		
	Schupo	Kripo	Gesamt	Schupo	Kripo	gesamt
A 8	1		1			
A 9 m.D.	2		2			
A 10	62	11	73	45	7	52
A 11	16	8	24	22	12	34
A 12	4	3	7	4	4	8
A 13	4	1	5	5	1	6
Gesamt	93	23	112	76	24	100

förderungsmöglichkeiten ausgeschrieben und zwar konkret bei den einzelnen Dienststellen. Hierdurch soll eine gerechte Verteilung der verbliebenen A 10er-Stellen erreicht werden, außerdem soll das Verfahren dazu dienen, dass erfahrene Kolleginnen und Kollegen bei allen Dienststellen

den. Voraussichtlich stehen zur Verfügung: (siehe Kasten links unten)

Außerdem wird es im Oktober 2012 noch eine Hebung in die A 13 und 10 Hebungen in die A 11 für Frankfurt aus dem Hebungsprogramm für die Vollzugspolizei geben. Die Beförderungszahlen aus Ruhestandsversetzungen stehen noch nicht fest. Die Ausschreibungsverfahren für die Beförderungen nach A 11 bis A 13 für den April 2012 sind bereits angelaufen. Wir sind zuversichtlich, dass die Verfahren zeitnah abgeschlossen werden können.

Demografischer Wandel

In den nächsten Jahren werden wir auch vermehrt Personal und Erfahrungswissen durch Ruhestandsversetzungen verlieren. Bis zum Jahr 2016 gibt es nach dem jetzigen Stand folgende Ruhestandsversetzungen:

- 2012 46
- 2013 77
- 2014 70
- 2015 60
- 2016 68

Wir hoffen, dass auch in den kommenden Jahren genügend junge Leute eingestellt werden, um die Lücken zu schließen und wir nicht wieder aufgrund falscher Berechnungen des Innenministeriums jahrelang mit Fehlstellen leben müssen.

14 Vollzugsbeamte wurden 2011 vorzeitig in den Ruhestand versetzt.

Beförderungen

Die Beförderungen nach A 10 sind nach wie vor gering im Verhältnis zur Zahl derjenigen, die die laubbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Da wir durch die Versetzungen zu den anderen Präsidien die Wertigkeiten nach A 10 mitgeben müssen (mittlerweile ist die Zahl bei 340 angelangt) stehen uns nur noch verhältnismäßig wenige Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung. Auch im Jahre 2011 wurden die Be-

tätig sind.

Während im Jahre 2010 insgesamt 283 Beförderungen vollzogen werden konnten, gab es im Jahre 2011 insgesamt 212 Beförderungen, die sich wie folgt verteilen: (siehe Kasten links oben)

Verwaltungsstreitverfahren

Im Jahr 2011 wurden insgesamt drei Verwaltungsstreitverfahren aus Anlass eines Beförderungsauswahlverfahrens geführt. Zwei davon sind noch anhängig. Wir sind froh, dass im letzten Jahr fast alle Beförderun-



Alle Redebeiträge der Versammlung wurden von zwei Gebärdendolmetscherinnen übersetzt, da das PP Frankfurt mittlerweile auch gehörlose Mitarbeiter beschäftigt.

Außerdem wurden zwei Verwaltungsbeamtinnen nach A 10 befördert.

Es hat niemand auf eine Beförderung verzichtet.

Darüber hinaus wurden mit Wirkung vom 01.08.2011 acht Beamte der Schutzpolizei in den gehobenen Dienst übergeleitet.

Anzahl der Beförderungsmöglichkeiten 2012:

Die Anzahl der Beförderungsmöglichkeiten im Jahr 2012 kann zum jetzigen Zeitpunkt nur grob für den April 2012 prognostiziert wer-

den. Voraussichtlich stehen zur Verfügung: (siehe Kasten links unten)

Suspendierungen

Derzeit sind acht Polizeibeamtinnen und -beamte suspendiert, Dauer der Suspendierung:

- | 06.04.1998 (Beschwerde gg. Nichtzulassung Revision)
- | 13.08.2005 (in 1. Instanz entfernt, Berufung beim VGH)
- | 24.11.2006 (Disziplinare Ermittlungen laufen noch)
- | 26.06.2009 (Rückverweisung ans LG)

Besoldungsgruppe	April 2012
A 13	5
A 12	9
A 11	16
A 10	z. Zt. 30

- | 22.07.2010 (Klage auf Entfernung im Januar beabsichtigt)
- | 20.08.2010 (Strafbefehl; nunmehr Abschlussprüfung V 11)
- | 27.06.2011 (Verurteilung zu 11 Monaten Freiheitsstrafe)
- | 26.07.2011 (Verurteilung zu 11 Monaten Freiheitsstrafe)

Daraus ergibt sich, dass insgesamt ein Altverfahren aus dem Jahr 2009 abgearbeitet werden konnte, im Jahr 2011 jedoch zwei neue dazu gekommen sind, sodass sich die Zahl insgesamt um eins erhöht hat.

Falschbetankungen

Immer wieder kam und kommt es zu Falschbetankungen der Dieseldienstfahrzeuge. In fast allen Fällen wurden die Betroffenen von der Behörde in Regress genommen.

unterstehen, andere Maßstäbe betreffend der Feststellung der groben Fahrlässigkeit angelegt wurden. Daraufhin kamen wir zu dem Ergebnis, das vergleichbare Fälle auch bei der Polizei genauso wie im Ministerium behandelt werden müssten. Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen, aber wir möchten hier an alle Kolleginnen und Kollegen appellieren, sehr sorgfältig beim Tanken auf die richtige Treibstoffsorte zu achten, um Schäden zu vermeiden.

Merkblatt Schusswaffengebrauch

Nachdem im Jahre 2011 in einigen Fällen von der Schusswaffe gebraucht gemacht werden musste und dies für alle Betroffenen immer eine Ausnahmesituation darstellt, wurde von uns ein Merkblatt angefertigt, das kurz vor der Vollendung steht und im Intranet eingestellt wer-

ge zu zahlen, wenn er oder sie länger als sechs Monate am Stück eine höherwertige Tätigkeit wahrgenommen hat. Da wir im Bereich des PP Frankfurt keine Stellenbewertung haben, trifft dies nur auf Vertretungen infolge von längeren Abwesenheiten des eigentlichen Stelleninhabers zu. Der offizielle Vertreter erhält jedoch keine Zulage, da dies zu seinem Stellenprofil gehört. Die Zulage wird nur an eine Person gezahlt, die extra zur Vertretung auf den Posten gesetzt wurde.

Jahresgespräche

Zum Thema Jahresgespräche wurde eine Umfrage durchgeführt. An ihr haben etwa 24% der Beschäftigten teilgenommen. Dies ist eine hohe Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Diese Personen haben angegeben, dass in ca. 60% der Fälle in der Vergangenheit ein Jahresgespräch stattgefunden hat. Auf-



Die Dolmetscherin bei der Arbeit, im Hintergrund die Behördenleitung

Da die Beträge sehr unterschiedlich waren, haben wir in mehreren Stufenverfahren versucht, eine einheitliche und gerechte Lösung für alle Beschäftigten im Lande Hessen zu erreichen.

Wir waren auf einem guten Weg mit Staatssekretär und LPP, als wir erfuhren, dass für die Beschäftigten, die direkt dem Innenministerium

den soll.

Zulagen für Beamtinnen und Beamte nach sechsmonatiger Amtsführung auf einer höherwertigen Stelle

Wir hatten im letzten Jahr berichtet, dass jetzt aufgrund der Änderungen im Dienstrechtsreformgesetz die Möglichkeit besteht, einem Beamten/einer Beamtin eine Zula-

grund dieser Erhebung wurden die Abteilungsleiter aktiv. Sie wiesen die Dienststellen erneut auf die Erlasslage hin. Außerdem wurde im Intranet der Grundsatzentwurf mit verschiedenen Hilfestellungen in den Belehrungsordner eingestellt. Einmal im Jahr werden zukünftig die Zahlen von der Personalentwicklungsstelle für die ganze Behörde



Der Rede von Herrn Vizepräsident Bereswill lauschten nachdenkliche Zuhörer

erhoben. In drei Jahren soll erneut eine Umfrage erfolgen.

Überstunden

2011 wurden insgesamt 61.900 Stunden Mehrarbeit geleistet.

Stand 01.01.2010	457.883
Stand 14.12.2010	516.812
Stand 01.01.2012	576.900

Abgeltung Mehrarbeit bis 31.12.2011:

- | durch Freizeit: keine Angaben möglich
- | finanziell vergütet 2010: 67.326 Stunden
- | finanziell vergütet 2011: 40.064 Stunden

Anhand dieser Zahlen zeigt sich ebenfalls die große Belastung der Frankfurter Polizei. Seit Januar 2010 hat der Überstundenberg um 119.017 Stunden zugenommen. Auch wenn zwischenzeitlich die Zahl der unbesetzten Stellen zurückgegangen ist, hatte das keine Auswirkungen auf die Mehrarbeitsstunden. Das Land Hessen schuldet allein den Frankfurter Beamtinnen und Beamten bei einem Durchschnittsstundensatz von 20 insgesamt 2.380.340 . Trotzdem werden seit Jahren immer weniger Stunden bezahlt und der Haushaltsansatz dafür immer mehr gekürzt.

In diesen Überstunden sind nicht die Stunden der Lebensarbeitszeitkonten enthalten. Wir können nur allen Kolleginnen und Kolleginnen raten, so schnell und viel wie möglich Überstunden durch Freizeit auszugleichen. Es ist nicht zu erwarten, dass in den nächsten Jahren die Bereitschaft der Regierung steigen wird, Überstunden zu bezahlen. Vielleicht sollte einmal jemand versuchen, die Bezahlung seiner Stunden einzuklagen, wenn er sie nachweislich nicht abfeiern konnte.

Lebensarbeitszeitkonto

Nachdem eine restriktive Handhabung beim Abbau der Stunden geplant war, konnte der Personalrat erreichen, dass es nun keine Einschränkungen gibt und erlassgemäß verfahren wird. Die Dienststellen prüfen wohlwollend, ob eingehenden Anträgen stattgegeben werden kann. Die Stunden müssen nicht zusammenhängend genommen werden. Zur Handhabung und Beantragung dieser Stunden wurde ein Informationsblatt ins Intranet gestellt.

IZEMA- Zusatzurlaub

Wir hatten die Hoffnung, irgendwann einmal nicht mehr über das Thema IZEMA reden zu müssen. Leider ist dies nicht der Fall. Anfang des Jahres 2012 erreichten uns Beschwerden von Kolleginnen und Kollegen des Schichtdienstes, die aufgrund einer merkwürdigen Berechnung plötzlich nicht mehr vier Tage Zusatzurlaub erhielten. Vorausgegangen war, dass aufgrund

eines Gerichtsurteils im Laufe des Jahres 2011 die Berechnung von Nachdienststunden auf Schichten umgestellt werden musste. Eine monatliche Bilanzierung der Schichten wurde mit dem Personalrat nicht besprochen. Wir haben das zum Anlass genommen und über den Hauptpersonalrat auf Änderung gedrängt, das Ergebnis steht noch aus. Wir sind aber guter Hoffnung, dass wir eine Änderung herbeiführen können, da IZEMA kein Gesetz ist, sondern die rechtliche Lage abbilden soll. In der entsprechenden Verordnung gibt es aber keine monatliche Bilanzierung.

Krankenstand 2011

Im Jahre 2009 schrieben wir zum Thema:

„Diese Frage lässt sich für das gesamte Jahr 2009 und die gesamte Behörde derzeit nicht beantworten. Eine statistische Erfassung der Krankmeldungen an einer zentralen Stelle erfolgt in der Behörde nicht und darf aufgrund datenschutzrechtlicher Vorgaben weder durch SAP noch durch IZEMA vorgenommen werden.“

Wir hatten im vergangenen Jahr angeregt, eine anonymisierte Statistik für das PP Frankfurt zu erstellen. Es muss unserer Meinung nach auch im Interesse des Dienstherrn sein, die Krankheitsquote des PP Frankfurt zu kennen. Sollte der Krankenstand bei einzelnen Dienststellen besonders hoch sein, müsste man schon aus Fürsorgegründen nach den Ursachen suchen. Die Be-



Petra Moosbauer, Dieter Stein und Achim Grieb lauschten den Reden



Die Vorträge von Udo Münch sind immer sehr lebhaft

hörde hat das LPP im HMdI auf die Problematik in einem Bericht zu einer Kleinen Anfrage zum Thema Krankenstände bei der Polizei hingewiesen. Geschehen ist leider nichts.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen, da sich bis heute nichts verändert hat. Wir werden aber die Zahlen immer wieder anmahnen.

Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)

Wir hatten im vergangenen Jahr über die Erlasslage berichtet. Hier hat sich 2011 wirklich etwas bewegt.

Wir haben eine Dienstvereinbarung zum Thema BEM mit der Behördenleitung geschlossen, die im Intranet nachgelesen werden kann. Wir haben eine hauptamtliche BEM-Beauftragte, es handelt sich

um die Kollegin Anke Bernhard. Sie ist jetzt zusammen mit dem Integrationsteam für den ganzen Ablauf der Verfahren zuständig. Mit Stand 31.12.2011 erfüllten seit der Übernahme des Amtes schon 726 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Voraussetzung für ein BEM-Verfahren und 115 von ihnen haben es in Anspruch genommen.

Wir hatten schon mehrmals über die Möglichkeiten des Betrieblichen

Eingliederungsmanagements im Rahmen des § 84 (2) SGB IX berichtet. Unseren Kolleginnen und Kollegen, die unter die Voraussetzungen dieser Maßnahme fallen, können wir reinen Gewissens diese tatsächlich fürsorgliche Maßnahme empfehlen. Sie ist absolut freiwillig und kann zu jeder Zeit durch den oder die Betroffene abgebrochen werden.

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM)

Das PP Frankfurt ist „Pilotdienststelle“ für das Land Hessen und hat als einziges Präsidium einen hauptamtlichen BGM-Beauftragten. Es ist der Kollege Stephan Siegler, der vorher für den Personalrat freigestellt war. Der Beauftragte für das BGM wurde direkt bei der Behördenleitung angesiedelt. Er entwi-

ckelt zurzeit ein Konzept für das BGM. Die Führungskräfte auf allen Ebenen sind aufgefordert, diesen Prozess zu begleiten. Es wird angestrebt, Seminare für die Mitarbeiter durchzuführen. Außerdem ist geplant, dass der besondere Bedarf des PP Frankfurt in speziellen Seminaren Berücksichtigung findet.

Ärztlicher Dienst

Das Innenministerium plant, den Ärztlichen Dienst bei der Bereitschaftspolizei zu zentralisieren. Nachdem zunächst nur Gerüchte die Runde machten, haben wir nachdrücklich Informationen für die Betroffenen eingefordert. Ende des Jahres kam es dann auch zu einer Informationsveranstaltung, die jedoch leider nicht sehr informativ war.

Wir haben in Gesprächen und Briefen sowohl den Staatssekretär als auch den Landespolizeipräsidenten für das Thema sensibilisiert und uns massiv gegen eine Verlagerung des Ärztlichen Dienstes ausgesprochen. Zwar soll der Ärztliche Dienst im PP bleiben, jedoch dem Leitenden Polizeiarzt bei der Bereitschaftspolizei unterstellt werden. Die Erfahrung mit anderen Verlagerungen und Zentralisierungen hat uns gezeigt, dass dies immer negative Auswirkungen hat. Wir sehen hierfür auch keine Notwendigkeit und befürchten, dass die gute Arbeit für das PP Frankfurt leiden wird, da man dann fremdbestimmt ist.

Der Ärztliche Dienst des PP Frankfurt sollte unserer Meinung nach weiterhin eine Dienststelle des PP Frankfurt sein und nicht eine Außenstelle der Bereitschaftspolizei. Wir sehen hier erhebliche Defizite auf uns zukommen und glauben, dass ein eigenständiger Ärztlicher Dienst für das PP Frankfurt unverzichtbar ist. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Aufgaben in den Themenkomplexen BEM, BGM und



Personalratsmitglieder verfolgten die Rede der Vorsitzenden Sibylle Perrot

Härtefall ist der Ärztliche Dienst außerordentlich wichtig. Weiterhin hat das PP Frankfurt eine Vielzahl von Aufgaben für den Ärztlichen Dienst z.B. Blutentnahmen, Haftfähigkeitsprüfungen und Drogensubstitution. Es ist bereits jetzt schon schwierig, einen Arzt zu finden, wenn Frau Dr. Caspari nicht im Dienst ist. Diese Situation wird sich verschärfen, wenn Frau Dr. Caspari von diesen Aufgaben entbunden wird.

Tarifbeschäftigte

Wachpolizei/Höhergruppierungen

In diesem Jahr konnten endlich die restlichen Höhergruppierungen bei der Wachpolizei im Bereich D 520 vollzogen werden. Das ganze Verfahren zog sich aufgrund von Klagen zwei Jahre hin. Nachdem nun alle Rechtsstreitigkeiten beendet und festgestellt wurde, dass das Verfahren bis auf einen Formfehler rechtmäßig war, konnten die Höhergruppierungen zum 01.01.2012 erfolgen.

Auch im vergangenen Jahr konnten wir wieder 19 neue Beschäftigte ausbilden. Es handelt sich jedoch

nicht um zusätzliche Stellen, sondern aufgrund der Fluktuation mussten neue Beschäftigte eingestellt und ausgebildet werden. 14 der „Neuen“ werden in Frankfurt bleiben. Wir freuen uns, die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen begrüßen zu können und wünschen ihnen alles Gute für die Zukunft.

Im Jahr 2011 wurde die Bereitschaftspolizei aus dem Objektschutz herausgelöst. Was bei der Berechnung des Bedarfs an Wachpolizei beim PP Frankfurt jedoch nicht berücksichtigt wurde ist, dass Beamtinnen und Beamte 42 Stunden arbeiten, die Beschäftigten der Wachpolizei 38,5 Stunden. Es fehlt damit rechnerisch und tatsächlich Personal, was sich bei der Dienstplanung negativ auswirkt und zu Konflikten führt. Erschwerend dazu kommt die große Fluktuation. Schon jetzt liegen wieder Kündigungen vor und wir werden in naher Zukunft vier neue unbesetzte Stellen haben, was die Personalknappheit erneut verschärfen wird.

Weitere Höhergruppierungen – zum Teil im Wege des Bewährungsaufstieges – gab es 2011:

Abt. E

EG 6 – EG 8 TV-H 4x

weitere -22- wurden zum 01.01.12 ausgesprochen (WaPo's bei D 520)

EG 8 – EG 9 TV-H 1x

Abt. V

EG 5 – EG 6 TV-H 1x

EG 6 – EG 8 TV-H 1x

EG 8 – EG 9 TV-H 1x

Abt. Z

EG 6 – EG 9 TV-H 1x

EG 8 – EG 9 TV-H 1x

Versetzungen/Versetzungserlass

Im Jahre 2011 wurden

- I 143 Beamtinnen und Beamte zu anderen Personalbewertern versetzt. Außerdem gab es drei Versetzungen im Rahmen der Härtefallregelung und 14 Abordnungen aus Fürsorge

Diese Versetzungen sind immer mehr eine Belastung für das PP Frankfurt, hatte ich bereits im letzten



Auch von der Empore aus verfolgten Kolleginnen und Kollegen die Veranstaltung

Jahr ausgeführt. Obwohl alle Beteiligten behaupten eingesehen zu haben, dass die Regelung der Mitgabe der Wertigkeiten nach A 10 zum aufnehmenden Personalbewirtschaftler ein Irrweg ist, hat sich bis heute nichts geändert. Wie ich bereits ausgeführt habe, sind mittlerweile 340 Wertigkeiten nach A 10 im Lande Hessen verteilt. Dies führt bei einigen Personalbewirtschaftlern in Nord-/Ost- und Mittelhessen dazu, dass nur noch ein Disziplinarverfahren eine Beförderung in die A 10 verhindert, während in Frankfurt für ca. 400 Kolleginnen und Kolle-

Ich kann nur wiederholen, was ich schon im vergangenen Jahr zum Thema ausführte:

Es darf nicht sein, dass beim PP Frankfurt die Belastungen höher sind, dafür aber die Beförderungen später als bei anderen kommen. Das führt zu Demotivation und wird als ungerecht empfunden.

Die Novellierung des Versetzungserlasses befindet sich nach wie vor in der Diskussion. Unserer Meinung nach hat sich der bestehende Versetzungserlass bewährt.

dass in Zukunft keine Wertigkeiten mehr vom PP Frankfurt zu anderen Personalbewirtschaftlern mitgegeben werden.

Auch unsere Forderung, unabhängig von einem zukünftigen Versetzungserlass, die Attraktivität des PP Frankfurt zu erhöhen, ist nach wie vor aktuell. Es ist nicht hinnehmbar, dass eine Versetzung finanziell eine Beförderung aufwiegt, aber der Stellenkegel die hohen Lebenshaltungskosten im Rhein-Main-Gebiet nicht berücksichtigt.



Auch nach Ende der Veranstaltung wurde noch geredet und diskutiert

gen gerade mal 53 Beförderungsmöglichkeiten (Oktober 2011) zur Verfügung standen. Das hat mit gerechter Verteilung gar nichts mehr zu tun. Dieses Thema wurde von uns bei jeder passenden Gelegenheit sowohl mit der Behördenleitung als auch im Ministerium angesprochen. Es handelt sich um einen Irrweg! Leider hat diese Erkenntnis noch nicht zu einer Lösung des Problems beigetragen. Es wäre schon viel erreicht, wenn wenigstens die Mitgabe der Wertigkeiten gestoppt würde, die Rückgabe muss dann Zug um Zug erfolgen.

Aus diesem Grund lehnen wir eine Veränderung ab, insbesondere die Direktversetzung von Fachhochschülern nach Nord-, Ost- und Mittelhessen. Wir werden im Rahmen der Beratungen beim Hauptpersonalrat gegen diese Regelung kämpfen. Eine solche Direktversetzung bewirkt bei den aufnehmenden Personalbewirtschaftlern kaum eine „Verjüngung“, führt aber zu großer Unzufriedenheit bei den Kolleginnen und Kollegen in Frankfurt, die ihre Chancen, heimatnah versetzt zu werden, weiter geschmälert sehen. Weiterhin treten wir dafür ein,

Tauschversetzungen

Das Thema Tauschversetzungen in den Besoldungsgruppen A 9/A 10 innerhalb Hessens wurde zwischen Behördenleitung und Personalrat abgestimmt. Wir sind der Meinung, außerhalb des bestehenden Versetzungserlasses sollten keine Tauschversetzungen stattfinden. Insbesondere lehnen wir ab, dass durch Tauschversetzungen die Kriterien des Versetzungserlasses unterlaufen werden könnten. Wenn eine Kollegin oder ein Kollege nach Frankfurt zurück möchte, so ist dies

zu den regulären Versetzungsterminen jederzeit möglich, die freierwerdende Stelle fließt dann in das Versetzungskontingent ein.

Neues Reinigungsunternehmen

Für das Gebäude Polizeipräsidium wurde ein neues Reinigungsunternehmen verpflichtet. Die Auswahl erfolgte durch das Hessische Immobilienmanagement, der Personalrat war nicht beteiligt. Bisher haben wir jedoch einen guten Eindruck, insbesondere scheint das Personal besser behandelt zu werden und auch die Reinigungspläne sind den Dienststellen zugegangen.

Videoüberwachung Dienststellen/Datenschutz Türöffnungssysteme

Sensibilisiert durch Seminare und Hinweise von Kolleginnen und Kollegen haben wir die Behörde auf ihre datenschutzrechtlichen Verpflichtungen hingewiesen. Inzwischen befinden sich an allen Gebäuden, die videoüberwacht werden, Hinweisschilder.

Die Türöffnungssysteme, sowohl im Gebäude Polizeipräsidium als auch in mehreren Dienststellen, speichern personenbezogene Daten. Dies erfordert umfassende datenschutzrechtliche Maßnahmen. Daher haben wir eine Arbeitsgruppe gegründet, die mit der Behörde über eine Dienstvereinbarung zum Thema verhandelt. Die Verhandlungen sind fast beendet und die Dienstvereinbarung wird in diesem Jahr abgeschlossen werden. Sie wird dann auch veröffentlicht.

Abrechnung privater Telefongebühren

Nachdem das PP Frankfurt nun über eine Flatrate verfügt, erfolgt keine Abrechnung privater Inlandstefongespräche mehr. Auslandstefongespräche sind nach wie vor kostenpflichtig. Unabhängig davon, sind private Telefongespräche natürlich auf ein Minimum zu reduzieren, sofern sie in der Arbeitszeit stattfinden.

In eigener Sache

Wir möchten Euch an dieser Stelle über Personalveränderungen in der Geschäftsführung des Personalrats informieren. Anstelle von Stephan Siegler, der zum BGM-Beauftragten der Behörde er-

nannt wurde, ist seit Mitte November 2011 Dieter Stein freigestellt.

Außerdem haben wir im Geschäftszimmer eine neue Kraft. Für Renate Inclimona ist seit 01.09.11 Elke Oswald bei uns. Sie kommt vom 9. Polizeirevier und ist eine bewährte Kraft, die sich auch in der Schwerbehindertenvertretung engagiert.

Ganz wichtig ist es uns auch, Euch auf die Personalratswahlen in diesem Jahr aufmerksam zu machen. In Kürze wird ein Wahlvorstand bestellt. Die Wahlen finden in der Woche vom 21. bis 25. Mai 2012 statt.

Soziales

Sozialring der Polizei

Der Sozialring der Polizei konnte im vergangenen Jahr zwei ausgebuchte Seminare ausrichten, da ihm eine Erbschaft zuteil wurde. Es ist daher auch in diesem Jahr geplant zwei Seminare auszurichten, wenn die Nachfrage dementsprechend ist. Das Seminar ist eine hervorragende Vorbereitung auf den neuen Lebensabschnitt "Ruhestand".

Darüber hinaus kümmert sich der Sozialring um Kolleginnen und Kollegen, die in Not geraten sind. Wenn nötig durch materielle Hilfe, aber auch durch die Vermittlung von Kontakten zu Hilfseinrichtungen oder durch eine Schuldnerberatung, die selbstverständlich vertraulich erfolgt. Der Sozialring wird versuchen, Lösungen zu finden.

An dieser Stelle möchten wir auch den Revieren danken, die die Aufstellung von Spendendosen für den Sozialring möglich gemacht haben. Auch kleine Spenden sind wichtig, da der Sozialring nur Spenden und Bußgelder als Ein-

nahmequellen hat. Die Spendendosen können beim Personalrat ausgeleert werden.

KiBiz

Wie Ihr alle aus den E-Mails vor den Schulferien wisst, gibt es einen Kinderbetreuungsverein, der gemeinsam vom Hessischen Rundfunk, der deutschen Nationalbibliothek und der Polizei getragen wird. KiBiz bietet in allen Ferien Betreuung für Kinder von 3 bis 12 Jahren an. Darüber hinaus kann mit einigen Tagen Voranmeldung eine Spontanbetreuung, auch an Wochenenden und abends, organisiert werden. In den Osterferien findet dieses Jahr wieder eine Skifreizeit statt und in den Sommerferien gibt es eine Neuauflage der erfolgreichen Kanufreizeit.

Krippe für das Polizeipräsidium

Nach schwierigen Verhandlungen mit dem Landespolizeipräsidium steht dem PP Frankfurt ab diesem Jahr ein Budget für die Einrichtung einer "betriebsnahen Kinderkrippe", also für Kinder von 0 bis 3 Jahren, zur Verfügung. Die Behörde ist in Verhandlungen mit potentiellen Vermietern bezüglich eines geeigneten Objekts. Es besteht die berechtigte Hoffnung, dass der Betrieb noch in diesem Jahr aufgenommen werden kann. Das PP Frankfurt wäre damit das erste Präsidium mit einer solchen Kinderbetreuungseinrichtung.

Sibylle Perrot – Personalratsvorsitzende –



Frühling in der Rhön

Seniorenvorstand bietet Drei-Tage-Ausflug im April

„Frühling in der Rhön“ hat der GdP-Landesseniorenvorstand seinen Kurztrip in das Biosphärenreservat Rhön genannt.

Geplant ist eine dreitägige Tour vom 24. bis 26. April 2012.

Ausgangspunkt ist das

**Hotel „Zur Krone“,
Am Stadttor 2,
36142 Tann/Rhön**

Die Anreise erfolgt am 24. April bis 11 Uhr, mit eigenem Pkw. Danach erfolgen die Zimmerzuteilung und das Mittagessen.

Am Nachmittag geht es mit dem Bus zur Gedenkstätte „Point Alpha“ an der ehemaligen „Zonengrenze“. Die Gedenkstätte „Point Alpha“ ist in ihrem Gesamtkomplex ein unvergleichliches Zeitzeugnis und ein einzigartiger Lern-Ort der Geschichte.



Point Alpha

Hier standen sich die Vorposten von NATO und Warschauer Pakt vier Jahrzehnte lang Auge in Auge gegenüber. „Point Alpha“ präsentiert am authentischen Ort die Konfrontation der beiden Machtblöcke, den Aufbau der Grenzanlagen mit ihren Sicherungselementen, militärische Abläufe sowie das Leben an und mit der Grenze aus der Sicht der Bevölkerung.

Abendessen gibt es im Hotel.

Am 25. April ist eine Bustour zur Wasserkuppe geplant, dem mit 950

Metern höchsten Berg Hessens und der Rhön.

Bekannt ist die Wasserkuppe nicht nur als Ausflugsziel im Sommer und Winter, sie ist auch eng verbunden mit der Geschichte des Segelflugs.

Der Besuch des Segelflugmuseums gehört mit zum Tagesprogramm.

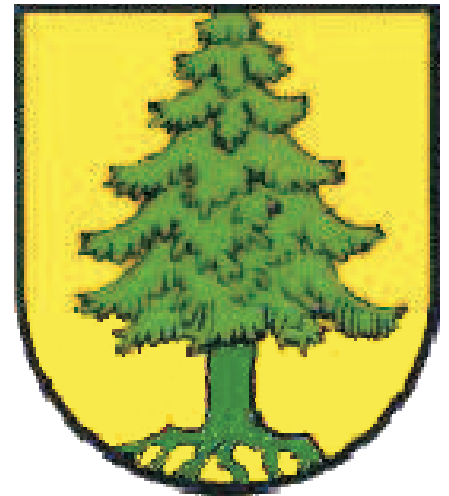
Das Mittagessen wird unterwegs eingenommen.

Von der Wasserkuppe aus fahren wir zum Kreuzberg (928 m), mit Franziskanerkloster und Brauerei. Vom Berggipfel eröffnet sich der Rundblick weit in das fränkische Land, die hessische Rhön, den Thüringer Wald und den Spessart. Wir wollen die Brauerei besichtigen, das köstliche Bier genießen und hier auch zu Abend essen.

Am letzten Tag (26.) ist eine Stadtführung in Tann geplant, mit Besichtigung des Freiluftmuseums. Zum Abschluss gibt es noch ein Mittagessen und dann erfolgt die Heimfahrt.

Geplant ist diese Frühlingstour für alle Pensionär/innen und Rentner/innen der GdP mit Partner/in. Es dürfen aber auch interessierte ältere Mitglieder teilnehmen.

Eine Mindestteilnehmerzahl von 30 Personen ist aus Kostengründen (Vollpension, Busausflüge, Eintrittspreise) notwendig.



Wappen der Stadt Tann in der Rhön

Der Preis beträgt 200 Euro pro Person.

Die Anmeldung muss schriftlich erfolgen bis zum 10. April an:

**Gewerkschaft der Polizei,
Ruth Brunner,
Wilhelmstraße 60a,
65183 Wiesbaden.**

Die Zahlung erfolgt auf das Konto:

**Wiesbadener Volksbank,
Kto.-Nr. 6784003,
BLZ 510 900 00,
Kennwort „Rhön“**

Eine Kopie des Einzahlungsbelegs muss der Anmeldung beigelegt werden.

Anzugeben sind Name, Adresse, Telefonnummer und Alter. Weitere Auskünfte zu der Tour gibt es bei Hermann Müller, Telefon 01525-6127159 und bei

Norbert Weinbach, Tel. 06251-52889.

Nw



15-tägige Gruppenreise der GdP nach San Francisco, Hawaii und Los Angeles



05. November – 20. November 2012

Reiseverlauf:

Flug nach San Francisco, Stadtrundfahrt und Tag zur freien Verfügung, Flug nach Honolulu, ganztägige Inselrundfahrt, 8-tägige Kreuzfahrt zu den Hawaii-Inseln Maui, Hawaii-Big Island und Kauai, Flug nach Los Angeles, Stadtrundfahrt, Rückflug nach Frankfurt über Houston

Reisepreis:

Gruppengröße
30 Personen

Reisepreis pro Person:

2.999,- / Unterbringung in der 2-Bett Innenkabine

Einzelzimmer-Zuschlag

790,- / Unterbringung in der 1-Bett Innenkabine

Aufpreis 2-Bett Außenkabine:

320,- pro Person

Aufpreis 2-Bett Balkonkabine:

450,- pro Person

Leistungen:

- ✓ Linienflüge mit United Airlines / Continental Airlines ab/bis Frankfurt in Economy Class inklusive aller Steuern und Gebühren, Frankfurt – San Francisco – Honolulu – Los Angeles – Houston – Frankfurt
- ✓ alle Transfers im Zielgebiet gemäß Reiseablauf im klimatisierten Bus
- ✓ 3 Übernachtungen in San Francisco inklusive Frühstück / Unterbringung im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC
- ✓ 2 Übernachtungen in Honolulu / Unterbringung im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC
- ✓ 7 Übernachtungen an Bord der Pride of America in der gebuchten Kabinenkategorie
- ✓ 2 Übernachtungen in Los Angeles / Unterbringung im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC
- ✓ Teilnahme an NCL-Bordveranstaltungen und Nutzung der Bordeinrichtungen (zum Teil gegen Gebühr)
- ✓ alle Mahlzeiten (Vollpension) an Bord der Pride of America, in einigen Spezialitätenrestaurants gegen Aufpreis
- ✓ Wasser, Kaffee, Tee und Eistee an Bord der Pride of America
- ✓ alle Hafен- und Sicherheitsgebühren
- ✓ halbtägige Stadtrundfahrt in San Francisco mit örtlicher deutschsprechender Reiseleitung
- ✓ ganztägige Inselrundfahrt auf Oahu mit englischsprachigem Driver-Guide (Übersetzung durch unsere Reiseleitung)
- ✓ halbtägige Stadtrundfahrt in Los Angeles mit örtlicher deutschsprechender Reiseleitung
- ✓ Reiseleitung durch die GdP
- ✓ örtliche Steuern/Abgaben

nicht eingeschlossene Leistungen:

- ✓ nicht im Programm aufgeführte Mahlzeiten und Getränke
- ✓ Landausflüge
- ✓ NCL Servicepauschale in Höhe von US\$ 12 pro Person und Tag (wird dem Bordkonto belastet)
- ✓ ESTA-Antrag für die USA
- ✓ Trinkgelder für Reiseleitung und Busfahrer
- ✓ Gebühren für Gepäckträger am Flughafen
- ✓ Ausgaben des persönlichen Bedarfes
- ✓ Reiseversicherungen

Eine individuelle Verlängerung ist möglich

Wer Interesse an der Reise hat und den ausführlichen Reiseverlauf möchte, wendet sich an:

Sibylle Perrot, Sigmund-Freud-Str. 42, 60435 Frankfurt, Tel.: 0152/ 561 28 951 oder 069/755-81600 dienstl. oder per E-Mail: sibylle.perrot@otelo-online.de oder sibylle.perrot@polizei.hessen.de

Anmeldung für die Gruppenreise nach San Francisco, Hawaii und Los Angeles

Name: _____ Vorname: _____

Anschrift: _____

Geburtsdatum: _____ Geburtsort: _____

Telefon privat: _____ Telefon Büro: _____

E-Mail: _____

Mitreisende:

Name: _____ Vorname: _____

Anschrift: _____

Geburtsdatum: _____ Geburtsort: _____

Zimmer:

Doppelzimmer Einzelzimmer

Kabinenart:

Innenkabine Außenkabine Balkonkabine

Verlängerung wird gewünscht:

Hawaii Los Angeles
 Hotel Ferienwohnung

Dauer: _____ Tage

Datum: _____

Unterschrift: _____

SUDOKU

						1	3	5		
	5	7			4			8	6	
8		10			3	9		1		
9	2		7	8		6	1			
	4	5		3		7	11		6	9
	3	1				10	4			
			12	6	2	5			11	
	9		1			8		7	12	
			6	12			5	3	10	1
		2				3				4
4	11			2				10	1	3
	1		9	5						

H		F		E	C		D	
E			B		I		G	
B					H	F	E	A
	C	E	H	G		A		
	F	D				G	H	
		B		A	F	D	F	
F	B	H	D					I
	A		E		B			D
	E		F	H		B		G

	I	F	D					
H	B	D					F	C
			A	H	F			
		G	E	C	A	D		
		H				E		
		A	I	F	H	C		
			C	E	G			
E	D					H	C	G
					B	F	I	

6		10		9			1			
4		5	1		2	8		7		
					7		12		4	3
	6			8	5	7			3	
1		7			12					8
	8				3	10		12	2	5
	1	4	11		10	6	9			2
7					11			4		9
5	10					2				6
2	12	3		7		11		4		
			5		6	4			11	
				3			8	9	6	

Frankfurter Schwimmerfolge bei den Hessischen Polizeimeisterschaften im Rettungsmehrkampf in Kassel



Die erfolgreichen Teilnehmer

Bei den diesjährigen Polizeimeisterschaften im Rettungsmehrkampf am 1. Dezember in Kassel standen wiederum einige Frankfurter Schwimmsportler auf dem Siegerpodest.

Leider konnten Trainer Gerhard Nolte und Mannschaftsführerin Karin Schäfer nur ein recht kleines Team aufbieten. Die Mannschaft bestand aus Diana Heßling, Kai Bender, Robert Hofmann, Karsten Kleinschmidt, Sven Feik, Ronny Auerbach, Markus Voigt, Gerhard Nolte und Karin Schäfer.

Die geringe Teilnehmerzahl hing offensichtlich mit dem doch etwas spät angesetzten Termin und mit den Einsätzen anlässlich der Castor-Transporte zusammen, an denen auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen teilgenommen haben, die zum Kern der Mannschaft gehören.

Erstmals war Frankfurt nicht in der Lage, eine Frauenmannschaft aufzubieten, die in der Vergangenheit immer recht erfolgreich gewesen ist. Dennoch schlug sich das Rumpfaufgebot recht beachtlich. Insgesamt verbuchte das Team vier erste Plätze, zwei zweite Plätze sowie einen dritten Platz.

Im Rettungsmehrkampf der Damen AKI war Diana Heßling nicht zu schlagen und stand auch diesmal wieder, schon fast gewohnheitsmä-

ßig, ganz oben auf dem Siebertreppchen. Auch die Herren gelangten gleich dreimal auf das obere Podest. So siegten Karsten Kleinschmidt (AKII) im 200m Flossenschwimmen. In der Altersklasse 4 hatte Trainer Gerhard Nolte im 200m Flossenschwimmen und im Rettungsmehrkampf gleich zweimal die Nase vorn.

Auf den zweiten Platz gelangten in der Altersklasse II Sven Feik im 200m Flossenschwimmen und Kai Bender (AKI) im Rettungsmehrkampf.

Leider reichte es diesmal nicht, in den sonst für die Frankfurter so erfolgreichen Staffelwettbewerben, unter die ersten Drei zu gelangen. In der 4x200m Flossenstaffel reichte es in der Besetzung mit Diana Heßling, Kai Bender, Gerhard Nolte und Karsten Kleinschmidt zu einem immerhin noch achtbaren vierten Platz. Im Kampf um den dritten Rang musste man sich nur knapp geschlagen geben. In der Rettungsmehrkampfstaffel, sonst eine Domäne der Frankfurter Mannschaft wurde man in der gemischten Besetzung Katja Römer (PP Osthessen), Diana Heßling, Robert Hofmann Fünfter.

Die Staffelwettbewerbe waren daher für die sonst sieggewohnten Frankfurter eine kleine Enttäuschung.

Insgesamt waren jedoch Karin Schäfer und Gerhard Nolte mit dem doch recht erfolgreichen Abschneiden der kleinen Frankfurter Abordnung sehr zufrieden und sprachen den Teilnehmern ihren besonderen Dank aus. Im Allgemeinen litt jedoch die ansonsten recht gut organisierte Meisterschaft unter Mangel an Zuspruch. Es hatten sich nur 50 Teilnehmer gemeldet. Man sollte sich angesichts dieser Erfahrung künftig überlegen, ob eine Ansetzung einer Veranstaltung im Dezember sinnvoll erscheint. Um diese Zeit lassen es die Witterungsverhältnisse oft nicht zu, eine problemlose Anreise zum Veranstaltungsort in Kauf zu nehmen. Auch ist es für die Wettkämpfer nicht leicht, ihre Form über eine so lange Zeit zu halten, zumal es im Winter oft nur eingeschränkte Trainingsmöglichkeiten gibt.



Ganz oben auf dem Podest Diana Heßling

Text und Fotos:
Kurt Kraus Frankfurt

Schlüssel verloren – GdP hilft

„Es gibt nichts, was es nicht gibt“, sagt ein altes Sprichwort. Wahrscheinlich stimmt das nicht so ganz. Es gibt aber Dinge, die es gibt, die man aber nicht kennt. Dazu gehört auch die Frage: „Was mache ich, wenn ich meinen Schlüssel verloren habe“? Da hat die GdP eine relativ einfache und kostengünstige Lösung. Man bestellt sich bei der OSG (Organisations- und Servicegesellschaft der GdP, Forststraße 3, 40721 Hilden) für wenig Geld einen Schlüsselanhänger.

Darauf ist auf der Vorderseite der GdP-Stern abgebildet und auf der Rückseite steht die Adresse des Bundesvorstands der GdP in Hilden. Dazu kommt eine individuelle Seriennummer und der Zusatz: Bitte in den nächsten Postbriefkasten werfen. Danke.



Mit dem Schlüsselanhänger der GdP kann man seinen verlorenen Schlüssel wieder zurückbekommen. nw

Wird der Schlüssel mit Anhänger gefunden und von dem Finder in einen Briefkasten geworfen, dann schickt ihn die Post auf Kosten der GdP nach Hilden. Dort wird die Nummer des Schlüsselanhängers identifiziert und der Kollege, die Kollegin erhält seinen/ihren Schlüssel wieder zugesandt.

Wichtig ist, dass man den ersten Schritt tut und sich so einen Schlüsselanhänger besorgt. Nw

Die Weisheit der Dakota-Indianer

Du kennst die Weisheit der Dakota-Indianer nicht? Wirklich nicht?

„Wenn Du entdeckst, dass Du ein totes Pferd reitest, steig ab“!

So schlicht lautet die alte Weisheit der Dakota Indianer. Doch im wirklichen Leben laufen wir, zum Beispiel durch den gewohnten Trott, immer wieder Gefahr wie folgt zu reagieren:

- | Es wird eine andere Peitsche besorgt.
- | Ein Arbeitskreis wird gegründet, um das Pferd zu analysieren.
- | Unterschiedliche tote Pferde werden verglichen.
- | Eine Task Force wird ins Leben gerufen, um das tote Pferd wiederzubeleben.
- | Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter erhalten Trainingseinheiten, um auf toten Pferden besser reiten zu lernen.
- | Der Reiter/die Reiterin wird gewechselt.

| Eine Beratungsfirma wird engagiert, um das Reiten toter Pferde zu optimieren.

| Eine Studie untersucht, ob es nicht billigere Berater/innen gibt.



| Die Kriterien werden geändert, die festlegen, wann ein Pferd tot ist.

| Es wird behauptet „so wurde das Pferd schon immer geritten“.

| Es werden zusätzliche Mittel locker gemacht, um die Leistung des Pferdes zu erhöhen.

| Mehrere tote Pferde werden zusammen gespannt, um mehr Leistung zu erzielen.

| Die Leistungsbedingungen für tote Pferde werden überarbeitet.

| Die Qualitätsstandards für den Beritt toter Pferde werden erhöht.

| Es wird erklärt, dass das eigene Pferd tot „besser, schneller und billiger“ ist.

Es gibt sicher viele weitere Methoden, tote Pferde zu reiten. Es gibt aber auch viele Kolleg/innen in der GdP, die die Weisheit der Dakota-Indianer beherzigen. Diese Weisheit ist sicher auch auf andere Gebiete anzuwenden, da es für alle Probleme zahlreiche Lösungsmöglichkeiten gibt aber noch viel mehr gut Ratschläge (Ausreden), die im Regelfall nichts nützen. Unsere Politiker beherrschen dieses Spiel sehr gut. Die Frage bleibt, wann sie die Wahrheit erkennen und von dem „toten Pferd“ absteigen. nwspd